

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
25. August 2007
RuhrCongress Bochum

1 **Antrag-Nummer: A 1**

2

3 **Antragsteller: Landesvorstand**

4

5 **Betreff: Die beste Bildung für alle**

6

7

8 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

9

10 **Erfolgreich starten und ein Leben lang lernen – Fördern statt**
11 **Auslesen**

12

13 **Für eine neue, gerechte Bildungspolitik**

14

15 Während der Zeit unserer Regierungsverantwortung haben wir in der
16 nordrhein-westfälischen Bildungs- und Schulpolitik vieles auf den
17 richtigen Weg gebracht. Die Stärkung des Bildungsauftrags des Kin-
18 dergartens, die Sprachförderung, die offene Ganztagsgrundschule,
19 das Abitur nach 12 Jahren, die Selbstständigkeit von Schulen und
20 damit verbunden die zentralen Abschlussprüfungen, die Lernstands-
21 erhebungen, die Schulinspektion und die Reform der Schulaufsicht
22 sind hierfür nur einige Beispiele.

23

24 Viele anerkanntermaßen richtige Entscheidungen wurden getroffen.
25 Stets sind wir für eine Bildungspolitik eingetreten, deren oberstes Ziel
26 die bestmögliche Vorbereitung der Kinder und Jugendlichen auf ihr
27 weiteres Leben ist. Die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit,
28 Integration und Chancengleichheit stand immer im Mittelpunkt unse-
29 rer Bildungspolitik. Aber wir haben nicht früh und nicht vehement
30 genug auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert.

31

32 CDU und FDP haben mit ihrer gegen jeglichen Sachverstand durch-
33 gesetzten Novellierung des Schulgesetzes das Prinzip der Chancen-
34 gleichheit über Bord geworfen. Die Landesregierung handelt zum
35 Nachteil der jungen Generation. Statt mehr Partizipation und Chan-
36 cengleichheit bedeutet das Schulgesetz eine Einschränkung der
37 Lebenschancen für viele nordrhein-westfälische Kinder und Jugend-
38 liche. Das nordrhein-westfälische Schulgesetz steht für weniger
39 Durchlässigkeit, verstärkte Auslese und Abbau von Bildungsbeteili-
40 gung. Inhalt des Gesetzes und verbale Absichtserklärungen der
41 schwarz-gelben Landesregierung stehen in eklatantem Widerspruch.
42 Diese fatale Politik setzt sich im Elementar- und Hochschulbereich
43 fort: Das erfolgreiche Gesetz für Tagesstätten für Kinder (GTK) wird
44 durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) abgelöst. Es ist ein reines
45 Finanzierungsgesetz, mit deutlichen Einschränkungen, die Kommun-
46 en und Eltern belasten werden. Ein eigenständiger Bildungsauftrag
47 für Kindertageseinrichtungen wird mit keinem Wort erwähnt.

48

49 Studiengebühren stehen für weniger Studierende und weniger Chan-
50 cengleichheit. Das sogenannte Hochschul„freiheits“gesetz bedeutet
51 im Ergebnis eine Disqualifizierung der NRW-Hochschullandschaft.

1 Die Balance zwischen Ökonomie und Wissenschaftsfreiheit ist nicht
2 gewährleistet.

3
4 Die Elemente dieser fatalen Bildungspolitik von CDU und FDP sind
5 u.a.: Auflösung der Grundschulbezirke, Kopfnoten, Prognoseunter-
6 richt, die Abkopplung des Gymnasiums von den anderen Schulfor-
7 men, Aufhebung der Drittelparität in der Schulkonferenz, die Ein-
8 schränkungen kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten, die Reduzie-
9 rung der Selbstständigkeit der Schulen auf die Funktion des Schul-
10 leiters als Dienstvorgesetztem, die Einführung von Schulrankings, die
11 Beschneidung der Mitbestimmungsrechte der Lehrerinnen und Lehrer
12 und die Benachteiligungen der Gesamtschulen.

13
14 Um die Zukunftschancen aller Kinder und Jugendlichen wieder in den
15 Mittelpunkt zu stellen, braucht Nordrhein-Westfalen eine neue, eine
16 gerechte Bildungspolitik.

17
18 Mit unserem bildungspolitischen Konzept greifen wir die wissen-
19 schaftlichen Erkenntnisse und Empfehlungen nach den PISA-Ergeb-
20 nissen sowie die Herausforderungen und Chancen der demografi-
21 schen Entwicklung auf.

22
23
24

25 **Leitgedanken**

26 **Kein Kind beschämen, kein Kind zurücklassen; jedes Kind zählt**
27 **und verdient Unterstützung**

28
29 Jeder Mensch verfügt über Potenziale und Begabungen, die erkannt
30 und gefördert werden müssen – von Anfang an und ein Leben lang.
31 Deshalb stellen wir in allen Lernphasen das einzelne Kind, den
32 jeweiligen Menschen in den Mittelpunkt.

33
34

35 **Bildungspolitik ist mehr als Organisation von** 36 **Wissensvermittlung**

37
38 Bildung und Wissen sind die Basis der sozialen Demokratie. Sie sind
39 elementare Bausteine für ein selbstbestimmtes Leben und das Fun-
40 dament für den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit einer
41 Gesellschaft.

42
43

44 Deshalb zielen Bildungsangebote auf die Entwicklung der Persönlich-
45 keit, auf Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft und auf
46 Beschäftigungsfähigkeit ab. Bildung muss ganzheitlich angelegt sein.
47 Die Vermittlung der sprachlichen, mathematisch-naturwissenschaftli-
48 chen, motorischen, musisch-künstlerischen, sozialen und kognitiven
49 Fähigkeiten muss gleichwertig und gleichgewichtig stattfinden.

50
51

51 **Chancengleichheit ist Kernbotschaft der NRWSPD**

52
53

54 Internationale Studien belegen, dass in Deutschland der Bildungs-
55 erfolg maßgeblich von der sozialen Stellung der Eltern abhängt. Dies
56 ist für uns nicht hinnehmbar. Deshalb muss allen die Möglichkeit
gegeben werden, mit gleichen Chancen dem jeweiligen Potenzial

1 entsprechend – nach dem Prinzip des Förderns und Forderns – zu
2 lernen und qualifizierte Abschlüsse zu erlangen.

5 **Kompetenzen entwickeln, Leistung fördern**

7 Wir wollen für alle Jugendlichen einen Schulabschluss, der sie
8 befähigt, eine Berufsausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Wir
9 wollen die Abitur- und Fachabiturquote überall im Land auf 50 %
10 eines Jahrgangs steigern.

12 Deshalb muss sich der Unterricht in den Schulen weiter verändern.
13 Heterogene Gruppen bieten die Chance, Schülerinnen und Schüler
14 auch voneinander lernen zu lassen und damit das gegenseitige Ver-
15 ständnis füreinander sowie die Freude am Lernen, die Motivation und
16 den Leistungswillen zu steigern.

18 Kompetenzen gehen über Wissen hinaus. Sie berücksichtigen stets
19 die Anwendung von Wissen in einer konkreten Situation und schlie-
20 ßen vor allem auch das Können ein.

23 **Sprache ist der Schlüssel zur Integration**

25 Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte
26 haben nur dann eine faire Chance auf Integration in unsere Gesell-
27 schaft und in den Arbeitsmarkt, wenn sie die deutsche Sprache
28 beherrschen. Dies gilt im Übrigen auch für manche deutsche Kinder,
29 deren Sprachvermögen nicht ausreichend entwickelt ist.

31 Deshalb ist es wichtig, so früh wie möglich Sprachdefizite aufzude-
32 cken und durch gezielte Förderung in der Kindertagesstätte, in der
33 Schule und in Weiterbildungseinrichtungen auszugleichen. Im Sinne
34 eines ganzheitlichen Sprachförderungsansatzes baut die Vermittlung
35 der deutschen Sprache auf muttersprachliche Kompetenz auf. Also
36 sind integrative, handlungsorientierte Sprachangebote gefragt. Das
37 kommt Kindern mit Migrationshintergrund ebenso wie allen anderen
38 Kindern zugute. Das gleiche gilt für gelebte Bi- und Interkulturalität in
39 den Einrichtungen. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzie-
40 her mit Migrationshintergrund können eine wichtige Mittlerfunktion in
41 der interkulturellen Erziehung einnehmen.

44 **Handicaps kompensieren und Defizite ausgleichen**

46 Menschen mit Behinderungen bedürfen besonderer Förderung durch
47 speziell dazu befähigte Fachkräfte. Der besondere Förderbedarf darf
48 nicht automatisch zu einer Beschulung in besonderen Einrichtungen
49 führen.

51 Deshalb müssen wir Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im
52 jeweiligen System ihren Möglichkeiten entsprechend optimal darin
53 unterstützen, an gesellschaftlichen Entwicklungen teilzuhaben, ein
54 möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies
55 schließt die Vorbereitung auf die Teilhabe am Erwerbsleben ein. Alle
56 Bildungseinrichtungen müssen auf ein barrierefreies Lernen
57 hinwirken.

1 Die Förderung von Kindern und Jugendlichen, die von einer Behinde-
2 rung betroffen oder in ihrer schulischen Entwicklung gefährdet sind,
3 ist grundsätzlich Aufgabe aller Schulen. Das heißt: Jede Schule ent-
4 wickelt ein besonderes Unterrichtsangebot für Kinder und Jugend-
5 liche mit Behinderungen und für die, die ohne besondere Förderung
6 von Behinderung betroffen sein können. Erst wenn dies nicht aus-
7 reicht – wenn Kinder und Jugendliche zu ihrer Entwicklung auf beson-
8 dere Lernbedingungen angewiesen sind, die allgemeine Schulen
9 nicht einrichten können, werden sie in sonderpädagogischen Förder-
10 zentren unterrichtet.

11
12 Sonderpädagogische Förderzentren entwickeln besondere Lern- und
13 Unterrichtskonzepte für die entsprechenden Förderbedarfe. Sie ber-
14 raten Schulen und Kindertagesstätten und koordinieren das Angebot an
15 Frühförderung. Sie arbeiten personell und fachlich eng mit den
16 allgemeinen Schulen zusammen.

17
18
19 **Bildung bekämpft Arbeitslosigkeit und ist Voraussetzung für**
20 **Wirtschaftswachstum**

21
22 Bildung ist unerlässlich für die Orientierung und Behauptung in unse-
23 rer immer komplexer werdenden globalisierten Welt. Das gilt für den
24 einzelnen Menschen, das gilt gleichermaßen für unser Gemeinwe-
25 sen. Nur mit vielen hervorragend ausgebildeten und motivierten Men-
26 schen können wir unsere weltweit exzellente Stellung in Wissen-
27 schaft, Wirtschaft und Kultur erhalten und den gesellschaftlichen
28 Zusammenhalt stärken.

29
30 Deshalb müssen mehr und nicht – wie derzeit – weniger Jugendliche
31 zum Hochschulstudium befähigt und zur Aufnahme eines Studiums
32 motiviert werden.

33
34
35 **Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

36
37 Bildung ist die Herausforderung für die ganze Gesellschaft, weil sie
38 nicht nur in Bildungsinstitutionen stattfindet. Eltern, Arbeitgeber, die
39 Medien, nicht zuletzt die Vorbildfunktion jedes und jeder Einzelnen
40 tragen maßgeblich zur Bildung bei.

41
42 Deshalb dürfen Familien und Schulen mit ihrer Verantwortung für die
43 Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen nicht allein
44 gelassen werden.

45
46 Deshalb brauchen wir auch eine gesellschaftspolitische Bewegung,
47 die der Bildung die herausragende Position einräumt und den Eltern,
48 Erzieherinnen und Erziehern sowie den Lehrerinnen und Lehrern und
49 allen, die mit Bildung und Erziehung beschäftigt sind, die ihnen
50 zustehende Wertschätzung und Anerkennung entgegen bringt.

51
52
53 **Staatliche Gewährleistungsgarantie für Bildung**

54
55 Bildung ist ein öffentliches Gut, das vom Staat überall im Land in
56 gleich guter Qualität zu gewährleisten ist. Das Land bildet mit den
57 jeweiligen Bildungsträgern (Kommunen, Hochschulen, Kirchen,
58 Kinder- und Jugendverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Elterninitiativen
59 usw.) eine Verantwortungsgemeinschaft für die Bildung.

1 Deshalb hat das Land in ausreichendem Umfang Ressourcen für die
2 Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen und durch Vorgaben
3 von Strukturen und Zielen sowie einem effektiven Controlling gleiche
4 Bildungserfolge überall im Land zu ermöglichen. Die Rolle der Kom-
5 munen als bildungspolitische Akteure vor Ort werden wir stärken und
6 ihnen den Spielraum geben, bildungspolitische Aktivitäten zu
7 vernetzen.

11 **Kindertageseinrichtungen:** 12 **Wir wollen die frühkindliche Bildung stärken**

13
14 Bildung beginnt mit der Geburt. Zahlreiche Studien belegen, dass
15 frühkindliche individuelle Förderung – auch weit vor dem dritten
16 Lebensjahr – ausschlaggebend für den späteren Bildungserfolg ist.
17 Deshalb muss der frühen Lebensphase weit mehr Bedeutung beige-
18 messen werden als bisher. Um Chancengleichheit zu erreichen,
19 muss jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft so früh wie
20 möglich individuell gefördert werden. Dabei darf die Lebensphase der
21 frühen Kindheit nicht als Vorbereitungszeit für die Schule missver-
22 standen werden, sondern muss vielmehr als eigene Phase außeror-
23 dentlicher Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten wahrgenommen
24 werden. Frühkindliche Bildung muss die Entwicklung von Kompeten-
25 zen fördern und die Basis dafür schaffen, die Potenziale aller Kinder
26 zu entfalten. Jede Phase im frühkindlichen Bildungsprozess umfasst
27 stets den Dreiklang der frühkindlichen Förderung – Bildung, Erzie-
28 hung und Betreuung.

29
30 Die Kindertageseinrichtungen sind der erste Prüfstein für Chanceng-
31 gleichheit und individuelle Förderung auf dem Bildungsweg. Die Ent-
32 wicklung eines gemeinsamen, dem Alter entsprechenden Bildungs-
33 verständnisses aller Beteiligten (Eltern, Kindertageseinrichtungen,
34 Tagespflege, Kinder- und Jugendhilfe und Schule), das das Kind in
35 den Mittelpunkt stellt, sowie die Verständigung über verbindliche
36 Bildungsziele bleiben weiterhin unsere wesentlichen Ziele.

37 38 39 **Für jedes Kind ein Bildungsförderplan**

40
41 Der Respekt vor der Einzigartigkeit jedes einzelnen Kindes muss die
42 Grundlage der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtun-
43 gen bilden. Die in NRW umgesetzte Bildungsvereinbarung und der
44 Einstieg in die individuelle Bildungsdokumentation stellen erste rich-
45 tige und wichtige Schritte auf diesem Weg dar. Unser Ziel ist es,
46 bereits in der Kindertagesstätte für jedes Kind einen Bildungsförder-
47 plan zu erstellen, der die Persönlichkeit des Kindes berücksichtigt
48 und die erzieherischen Zielsetzungen sowie die pädagogische
49 Konzeption der Einrichtung zusammenfasst. Die Bildungsdokumen-
50 tation soll den Lehrerinnen und Lehrern wichtige Hinweise über die
51 Entwicklungsschritte des Kindes auf seinem individuellen Bildungsweg
52 geben. Damit wird eine bessere Kooperation und Vernetzung
53 zwischen Kindertagesstätte und Grundschule ermöglicht, und
54 „Brüche“ beim Übergang werden vermieden.

Bedarfsgerechter Aufbau von Eltern-Kind-Zentren

Wir werden die Kindertagesstätten bedarfsgerecht zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. Dabei halten wir eine sozialräumliche Vernetzung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Erziehungsberatung, der Familienhilfe und Familienbildung sowie der Gesundheitsvorsorge, hier vor allem der Kinderärzte, mit verbindlicher Zuweisung von Verantwortung für erforderlich. Erst eine ganzheitlich verstandene, konzipierte und organisierte kinder- und familienpolitische Infrastruktur ermöglicht einen wirklich erfolgreichen Gesamtprozess der Förderung, Beratung und Hilfe für Kinder und Familien.

Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz

Angesichts der großen Bedeutung der frühen Förderung setzen wir uns dafür ein, dass möglichst alle Kinder möglichst lange die Kindertagesstätte besuchen. Größter Handlungsbedarf besteht zweifelsohne beim Ausbau von Betreuungsplätzen für die Unter-Dreijährigen. Wir fordern den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem ersten Lebensjahr. Für den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsplätzen in Kindertagesstätten werden wir uns konsequent einsetzen. Weil nach unserem Verständnis die Kindertagesstätte zum Bildungssystem gehört, werden wir sie schrittweise beitragsfrei stellen und dafür sorgen, dass das letzte Kindergartenjahr verpflichtend wird.

Ein ganzheitlicher Ansatz frühkindlicher Pädagogik kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Eltern in den Bildungsprozess als wichtige Partner einbezogen werden. Deshalb ist die Stärkung der Zusammenarbeit mit den Eltern unerlässlicher Bestandteil in der Neuausrichtung der Arbeit in den Einrichtungen. Dazu gehören nicht nur die Abstimmung der Bildungs- und Erziehungsziele mit den Eltern unter Berücksichtigung der Betreuungsnotwendigkeiten (wie Öffnungszeiten o.ä.), sondern gerade auch gezielte Angebote der Familien- und Erwachsenenbildung, um Eltern in ihrer Erziehungsarbeit und -verantwortung zu unterstützen und zu stärken.

Die Qualifikation der Beschäftigten weiter steigern

Die Qualifikation des pädagogischen Personals stellt eine Schlüsselfunktion in der Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen dar und ist Grundlage für die Umsetzung der Bildungsarbeit. Die gestiegenen Anforderungen an die Elementarbildung erfordern deshalb auch eine Neuausrichtung der Ausbildung des pädagogischen Personals, wobei aus unserer Sicht nicht alle Fachkräfte eine Fachhoch- oder Hochschulausbildung haben müssen. Vielmehr ist ein Mix von unterschiedlichen Professionen und Qualifikationen anzustreben, um die differenzierten Erfordernisse der Elementarförderung abdecken zu können. Die vorhandenen Fachschulen sind in diesen Prozess der Neuausrichtung einzubeziehen. Für die heute in den Einrichtungen rund 75.000 tätigen Fachkräfte muss ein qualitätsvolles Fort- und Weiterbildungsangebot geschaffen werden.

Der Wettbewerb um qualifizierte Berufsanfänger wird sich zudem im Zuge der sinkenden Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern schon in nächster Zukunft beschleunigen. Nur eine qualifizierte Ausbildung, ein anspruchsvolles Berufsbild und entsprechende Karriereperspektiven gewährleisten, dass weiterhin gutes Fachpersonal

1 in der Elementarbildung zur Verfügung steht. Zu einer zukunftswei-
2 sendenden Personalplanung gehört es auch, deutlich mehr Männer für
3 den Erzieherberuf zu gewinnen. Wir werden darüber hinaus gezielt
4 daran arbeiten, dass in den Kindertageseinrichtungen Menschen
5 unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten tätig sind.
6
7

8 **Bessere Rahmenbedingungen schaffen**

9

10 Die Qualität der Arbeit und die Weiterentwicklung der Kindertagesein-
11 richtungen stehen in engem Zusammenhang mit den Rahmenbedin-
12 gungen und der Finanzausstattung. Unsere Kindertageseinrichtungen
13 müssen Investitionsbanken für das Gelingen erfolgreicher Bildungs-
14 verläufe werden. Vor dem Hintergrund der herausragenden Bedeu-
15 tung der frühen Förderung von Kindern werden wir die Finanzaus-
16 stattung der Kindertageseinrichtungen deutlich verbessern.
17
18
19

20 **Grundschule:**

21 **Vorbild für erfolgreiches gemeinsames Lernen**

22

23 Internationale Vergleichsstudien belegen: Unsere Grundschulen
24 leisten qualitativ hochwertige Arbeit. Sie fördern mit ihren innovativen
25 Ansätzen Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lernvor-
26 aussetzungen optimal.
27

28 Unsere Grundschulen sind auf einem guten Weg. Wir müssen aber
29 dafür sorgen, dass sie auch die notwendigen Ressourcen erhalten,
30 die für die Arbeit mit heterogenen Lerngruppen erforderlich ist.
31 Insbesondere brauchen unsere Grundschulen eine Schulleitung mit
32 ausreichender Zeit für das komplexe Schulmanagement und für die
33 Kooperation mit Eltern, Kindertageseinrichtungen, Kommune und
34 weiteren außerschulischen Partnern. Wir wollen das Erfolgsmodell
35 Grundschule fortentwickeln.
36
37

38 **Optimalen Schulstart ermöglichen**

39

40 Die Entwicklungsprozesse von Kindern verlaufen sehr unterschied-
41 lich. Um jedem Kind einen guten Start in das Schulleben zu ermög-
42 lichen, muss die Zusammenarbeit zwischen den Kindertagesein-
43 richtungen und den Grundschulen ausgebaut und institutionalisiert
44 werden. Dafür brauchen diese Einrichtungen die entsprechenden
45 personellen, räumlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen.
46

47 Das Einschulungsalter muss sich individuell am Entwicklungsprozess
48 des Kindes orientieren und darf nicht an einen Stichtag geknüpft
49 werden – vielmehr sollen Kinder ab fünf Jahren in die Grundschule
50 wechseln können.
51

52 Der beste Schulstart gelingt in einer flexiblen Schuleingangsphase,
53 die zwei Schuljahre umfasst. Die Kinder können diese Phase – je
54 nach persönlicher Entwicklung und Leistungsvermögen – in ein, zwei
55 oder drei Jahren durchlaufen.

Offene Ganztagsgrundschule – Dreiklang von Bildung, Erziehung und Betreuung

Mit der erfolgreichen Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule ist ein wesentlicher Schritt zur Vereinbarung von Familie und Beruf getan. Dabei steht im Mittelpunkt, dass jedes Kind mehr Zeit für Bildung, Erziehung und Betreuung erhält, um so optimal individuell gefördert zu werden. Dementsprechend brauchen wir die Rhythmisierung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten.

Alle Grundschulen sollen zu Häusern des Lernens werden, in denen sich Kinder wohlfühlen. Dazu gehören eine anregungsreiche Lernatmosphäre, Raum und Zeit für Bewegung und eine gesunde Ernährung. Wir wollen, dass kein Kind in den Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen ausgeschlossen wird.

Schule mit Zukunft: Wir wollen das Schulsystem reformieren

Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, eine hohe Bildungsbeteiligung und die Ausschöpfung aller Begabungsreserven sind unsere obersten bildungspolitischen Ziele. Mit dem gegenwärtigen Bildungssystem lassen sie sich allerdings nicht verwirklichen.

Das gegliederte Schulsystem mit seiner frühen Auslese ist nicht zukunftsfähig

Internationale Bildungsstudien bescheinigen dem gegliederten deutschen Schulsystem: Die viel zu frühe Auslese von Schülerinnen und Schülern sowie die mangelnde Durchlässigkeit zwischen den Schulformen führen in hohem Maße zu Benachteiligungen. Der Zusammenhang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit ist offensichtlich. Kinder und Jugendliche mit gleichen Begabungen, gleichen Leistungen und gleicher sozialer Herkunft erhalten je nach Schulform unterschiedlich gute Entwicklungschancen.

Die Wissensgesellschaft von heute stellt uns vor neue Herausforderungen. Ihnen können wir nicht mit den Antworten von gestern begegnen: Das bestehende gegliederte Schulsystem wird den Anforderungen der modernen Wissensgesellschaft nicht mehr gerecht.

Internationale Vergleiche zeigen, dass das deutsche Bildungssystem bei den Schülerleistungen sowohl in der Spitze als auch in der Breite lediglich durchschnittliche Ergebnisse im Vergleich der Industrienationen erreicht. Unser Bildungssystem muss qualifizierte Bildung in der Breite mit Bildung in der Spitze verknüpfen. Und es muss in der Lage sein, Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen entsprechend ihrer spezifischen Fähigkeiten, Neigungen, Kompetenzen und Erfahrungen auszubilden.

Die Wissensgesellschaft erfordert den Wandel

Die Qualifikationsanforderungen der Wissensgesellschaft erfordern neben der Qualitätsentwicklung jeder einzelnen Schule auch ein ver-

1 ändertes Bildungssystem. Die bei PISA erfolgreichen Staaten ma-
2 chen es uns vor. Sie verzichten durchgängig auf die in Deutschland
3 übliche frühe Auslese und setzen auf eine deutlich längere gemein-
4 same Lernzeit. Das halten auch wir für die richtige Antwort auf die
5 Herausforderungen einer modernen Wissensgesellschaft.

6
7 Nordrhein-Westfalen braucht seine Kinder, seine Talente - und zwar
8 alle! Das mehrgliedrige Schulsystem jedoch verschwendet Talente.
9 Zu viele Schülerinnen und Schüler werden aus höheren Schulen
10 abgeschult, zu viele bleiben sitzen oder verlassen die Schule ohne
11 Abschluss. Und noch immer ist die Abiturquote zu gering. Aber: Die
12 Zukunft wird aus Wissen gemacht.

15 **Sinkende Schülerzahlen zwingen zum Handeln**

16
17 Bedingt durch die demografische Entwicklung werden im nächsten
18 Vierteljahrhundert weitaus weniger Kinder in die Schule kommen als
19 in früheren Jahren. Die Städte und Gemeinden müssen auf diese
20 Entwicklung reagieren können, um eine Verödung der Schulland-
21 schaft zu verhindern. Das Land ist in der Pflicht, dafür entsprechende
22 Rahmenbedingungen zu schaffen.

23
24 Verschärfend kommt hinzu, dass eine Schulform unter besonderem
25 Druck steht: Die Hauptschule. Sie ist nicht nur von zurückgehenden
26 Schülerzahlen betroffen - sie leidet auch unter einer erschreckend
27 niedrigen Akzeptanz. Insbesondere dort, wo eine Hauptschule die
28 einzige weiterführende Schule am Ort ist, ist perspektivisch die schu-
29 lische Versorgung ernsthaft bedroht. Trotz guter Arbeit der Kollegien
30 und zusätzlicher Ressourcen ist die Hauptschule durch ihre Stellung
31 im Schulsystem und die damit verbundenen Auswirkungen kaum in
32 der Lage, den Schülerinnen und Schülern Anreize und berufliche
33 Perspektiven zu bieten.

36 **Die Befürworter für einen Wandel werden immer mehr**

37
38 Zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulen,
39 der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Städte und Gemeinden
40 bestätigen unsere Positionen:

- 42 • Wir wollen in Nordrhein-Westfalen längere gemeinsame Lernzei-
43 ten mit individueller Förderung jedes einzelnen Kindes, um unser
44 Schulsystem zukunftsfähig und gerecht zu gestalten. Das beste-
45 hende Schulsystem kann das nicht bieten.
- 47 • Wir setzen auf ein System, das die Übergänge zwischen den
48 Bildungseinrichtungen flexibel und individuell gestaltet.
- 50 • Wir wollen ein wohnortnahes Schulangebot sichern und es den
51 Städten und Gemeinden ermöglichen, flexibel auf die demogra-
52 fische Entwicklung zu reagieren.

53
54 Bei der Reform des Bildungssystems darf es nicht mehr um das „Ob“,
55 sondern es muss um das „Wie“ einer Verlängerung der gemeinsamen
56 Lernzeit in der Sekundarstufe I gehen, um anschließend den Weg in
57 die gymnasiale Oberstufe bzw. auf das Berufskolleg oder in die
58 berufliche Qualifizierung zu eröffnen.

1 Deshalb streben wir in der langfristigen Perspektive ein vollständig
2 integratives System an, das bis zum ersten qualifizierenden
3 Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt.

4
5 Eine solche Reform der Schulstruktur setzt allerdings einen möglichst
6 breiten bildungspolitischen Konsens in der Gesellschaft voraus. Auch
7 wenn sich schon heute viele Menschen zu solch einer Reform beken-
8 nen, muss weiterhin für sie geworben werden. Hinzu kommt: Die
9 nordrhein-westfälische Landesverfassung lässt die Einführung eines
10 vollständig integrativen Schulsystems bis zum Ende der Sekundar-
11 stufe I nicht zu, da sie die Hauptschule als Pflichtangebot garantiert.

14 **Der richtige Weg: Die Gemeinschaftsschule**

15
16 Wir wollen die Menschen auf dem Reformweg mitnehmen. Darum
17 setzen wir auf die Gemeinschaftsschule, die folgenden Prinzipien
18 folgt:

- 19
20 • Die Gemeinschaftsschule nimmt die Kinder nach der Grundschule
21 auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwort-
22 lich. Am Ende der Klasse 10 können alle Schulabschlüsse der
23 Sekundarstufe I erreicht werden.
- 24
25 • In den Klassen 5 und 6 findet für alle Kinder ein gemeinsamer
26 Unterricht statt.
- 27
28 • Ab Klasse 7 kann nach gemeinsamer Entscheidung der Schule,
29 der Schulträger und der Eltern beispielsweise ein vollständig
30 integrierter Unterricht angeboten werden oder eine Differenzierung
31 in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen erfolgen.
- 32
33 • Die Gemeinschaftsschule hat eine gemeinsame Schulleitung und
34 ein gemeinsames Kollegium.

37 **Die Gemeinschaftsschule ist mehr als eine neue Schulform**

38
39 Wir wissen: Allein die Einführung eines neuen Schulsystems bedeutet
40 nicht gleichzeitig besseren Unterricht. Die Gemeinschaftsschule wird
41 jedes einzelne Kind fördern, ohne andere zu vernachlässigen. Sie
42 rückt die individuelle Förderung in den Mittelpunkt und lässt kein Kind
43 zurück. Jede Schülerin und jeder Schüler erhält einen individuellen
44 Lern- und Förderplan. Die Gemeinschaftsschule garantiert die kon-
45 tinuierliche Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen. Es gibt
46 kein „Abschulen“ mehr und Klassenwiederholungen werden unnötig.

47
48 Im Sinne von Fördern und Fordern stellt die Gemeinschaftsschule
49 hohe Ansprüche an Schülerinnen und Schülern. Es ist nicht kind-
50 gerecht, von Kindern keine Leistungen zu erwarten. Gerech ist, von
51 allen die höchste Leistung zu verlangen, die sie imstande sind zu
52 erbringen. Dazu gehört allerdings, von Anfang an die Unterschied-
53 lichkeit der Kinder anzuerkennen. Dementsprechend werden Schüle-
54 rinnen und Schüler entsprechend ihren Stärken bzw. Schwächen
55 gefördert, unterstützt und begleitet. Für den gemeinsamen Unterricht
56 in den Jahrgangsstufen 5 und 6 werden hohe Leistungsstandards
57 zugrunde gelegt, die allen Kindern den Weg zum Abitur offen halten
58 sollen.

1 Die Gemeinschaftsschule steht für eine neue Lernkultur, für guten
2 Unterricht. „Kinder unterrichten“ statt „Fächer unterrichten“ rückt hier
3 in den Mittelpunkt. Um einen optimalen Start in die Gemeinschafts-
4 schule zu ermöglichen, sollen die Ressourcen umgeschichtet werden,
5 so dass in der 5. und 6. Klasse kleinere Gruppen gefördert werden
6 können.
7
8

9 **Die Gemeinschaftsschule setzt auf Schlüsselkompetenzen**

10
11 Kinder und Jugendliche werden im Alltag mit vielfältigen Herausforde-
12 rungen konfrontiert. Entsprechend müssen sie über die Schlüssel-
13 kompetenzen verfügen, mit denen sie darauf antworten können. Die
14 Orientierung an Kompetenzen verengt nicht das Lernen, sondern
15 strukturiert es und greift übergreifende Bildungsziele auf. Die Ge-
16 meinschaftsschule orientiert sich in Anlehnung an die OECD-Vorga-
17 ben an den Kompetenzen, die für eine erfolgreiche individuelle
18 Lebensgestaltung und eine funktionsfähige Gesellschaft notwendig
19 sind. Dies sind die Kompetenzen selbstständig handeln zu können,
20 mit den Instrumenten der Kommunikation und des Wissens souverän
21 umzugehen sowie in (sozial) heterogenen Gruppen erfolgreich
22 handeln zu können.
23

24 In der Gemeinschaftsschule steht im Mittelpunkt der Erwerb von
25 Lernkompetenz, die den Schlüssel für das lebenslange Lernen
26 darstellt. Fächerlernen spielt dabei immer noch eine wichtige Rolle,
27 aber es wird um Formen des überfachlichen Unterrichts ergänzt und
28 erweitert. Neben die Unterrichtsfächer treten Lernbereiche wie
29 soziales Lernen, internationale Aspekte, Sprachen, Umweltaspekte,
30 Arbeit und Wirtschaft, Demokratie usw., die das Lernen um problem-
31 und alltagsbezogene Aspekte bereichern. Dabei stellt der Umgang
32 mit unterschiedlichen Medien eine besondere Herausforderung dar.
33
34

35 **Die Gemeinschaftsschule fördert ein neues Rollenverständnis 36 der Lehrerinnen und Lehrer**

37
38 Eine neue Lernkultur in neuen Lernformen setzt auch auf eine verän-
39 derte Rolle des Lehrers und der Lehrerin. Dabei wird die Gemein-
40 schaftsschule auf den vorhandenen Erfolgen und Innovationen der
41 Arbeit der Kollegien aufsetzen, die allzu oft durch Reglementierungen
42 und Terminhetze im Alltag nicht ausreichend zur Geltung kommen.
43 Lehrerinnen und Lehrer werden in Zukunft stärker die Gestalter und
44 Anleiter von Lernarrangements, in denen die Schülerinnen und Schü-
45 ler ihre Lernerfahrungen machen. Dabei ist es wichtig, dass den Kol-
46 legien und den zentralen Fortbildungseinrichtungen ausreichende
47 Mittel für die Gestaltung der Lehrer/innenfortbildung zur Verfügung
48 stehen.
49
50

51 **Die Gemeinschaftsschule bricht starre Strukturen auf 52 und setzt auf Flexibilität**

53
54 Die Gemeinschaftsschule setzt auf eine neue Organisation und Ge-
55 staltung des Unterrichts, auf differenzierte Lernangebote sowie die
56 Anwendung neuer Lehr- und Lernformen. So verstandenes Lernen
57 sprengt den Rahmen einer Schule im 45-Minutentakt und die Auftei-
58 lung des traditionellen Fächerkanons. Lernen in Projekten und
59 fächerübergreifendes Lernen erfordern flexiblere Organisationsfor-

1 men. Jahrgangsübergreifender Unterricht wird als pädagogisches
2 Instrument gefördert.

3
4 Durch eine Parallelisierung der Studentafel und einer Abstimmung
5 der Unterrichtsinhalte wird die Teilnahme einzelner Schülerinnen und
6 Schüler an anderen Leistungsstufen ermöglicht. Ziel ist die konse-
7 quente Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen, wie
8 beispielsweise Begabungen oder Lernumgebungen im Elternhaus,
9 eine stärkere Beteiligung der Schülerinnen und Schüler und ihrer
10 Eltern am Lernprozess, die Förderung eines gemeinsamen und
11 gegenseitig unterstützenden Lernens in Gruppen.

12 13 14 **Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule**

15
16 Unterricht, Zeit für Hausaufgaben, Kreativ-Angebote, Sport und Ent-
17 spannung werden in der Gemeinschaftsschule über den ganzen Tag
18 verteilt. Sie arbeitet mit unterschiedlichen Professionen (Sozialarbei-
19 ter, Psychologen, Honorarkräfte etc.) und vernetzt sich mit ihrem
20 außerschulischen Umfeld.

21 22 23 **Die Gemeinschaftsschule ist eine selbstständige Schule**

24
25 Die Gemeinschaftsschule trägt mehr Verantwortung und hat weit
26 reichende Gestaltungsoptionen in der Unterrichts-, Personal- und
27 Organisationsentwicklung. Die Gemeinschaftsschule ist finanziell und
28 personell eigenständig. Ihr werden die Ressourcen entsprechend der
29 sozialen Ausgangslage nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich
30 behandeln“ in den Schulen zugewiesen, um so besseren Unterricht
31 zu erteilen. Dabei ist klar: Der Staat bleibt in der Verantwortung. Er
32 setzt Ziele sowie Bildungsstandards und überprüft, ob und inwiefern
33 diese erreicht werden.

34 35 36 **Der Weg zur Gemeinschaftsschule**

37
38 Wir wollen die Gemeinschaftsschule mit ihren variablen Möglichkeiten
39 flächendeckend und verbindlich einführen, weil wir unsere Schulstruk-
40 tur reformieren und eine Antwort auf die demografische Entwicklung
41 geben müssen.

42
43 Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule setzen wir auf pragmati-
44 sche, orts- und stadtteilgenaue Lösungen. Dementsprechend müssen
45 die Schulen, die Schulträger und die Eltern gemeinsam die Entschei-
46 dung über die innere Organisation der einzelnen Gemeinschaftsschu-
47 le treffen können. Sie erhalten die rechtlichen Möglichkeiten und die
48 notwendige Unterstützung, um nach ihren jeweils unterschiedlichen
49 Ausgangsbedingungen flexible Lösungen unter Einschluss integra-
50 tiver Modelle – die wir besonders fördern wollen – zu entwickeln. Nur
51 so kann vor Ort ein breites und wohnortnahes Schulangebot in der
52 Sekundarstufe I erhalten und zeitgleich die Schulstruktur schrittweise
53 verändert werden. Gesamtschulen werden als Gemeinschaftsschulen
54 in integrierter Form weitergeführt.

55
56

1 **Oberstufenzentren ermöglichen**

2
3 In unsere Reformüberlegungen beziehen wir auch die Bildungsphase
4 nach der Sekundarstufe I ein.
5

6 Schon heute setzen deutlich zurückgehende Schülerzahlen Gymna-
7 sien und Gesamtschulen unter Druck. Die Aufrechterhaltung einer
8 eigenen Oberstufe ist nur noch auf Kosten eines reduzierten Kurs-
9 angebotes möglich. Vor diesem Hintergrund ist eine stärkere
10 Verknüpfung bzw. Kooperation mehrerer Oberstufen unausweichlich
11 und macht (auch aus Sicht der Kommunen) ökonomisch Sinn.
12

13 Deshalb werden wir die Bildung von Oberstufenzentren ermöglichen
14 bzw. forcieren. Hierzu werden wir für die Sekundarstufe I kleinere
15 Jahrgangsbreiten ermöglichen und in der Sekundarstufe II stärkere
16 Jahrgangsbreiten vorschreiben. Nur so wird es gelingen, in der Ober-
17 stufe auch weiterhin ein ausdifferenziertes Angebot sicherzustellen
18 und gleichzeitig vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen in
19 der Sekundarstufe I ein wohnortnahes umfassendes Bildungsangebot
20 zu erhalten. Zugleich werden wir die Oberstufe zwei- und dreijährig
21 ausgestalten.
22

23 Den Schülerinnen und Schülern steht so der Weg zum Abitur nach
24 12 Jahren ebenso offen wie auch – wenn notwendig – nach 13 Jah-
25 ren. Auf diesem Weg wird es gelingen, möglichst viele Schülerinnen
26 und Schüler zum Abitur und zum Berufs- und Studieneinstieg zu
27 führen.
28
29
30

31 **Bildungsganztag:**

32 **Wir wollen die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungszeit** 33 **für alle Kinder ausbauen** 34

35 Ganzheitliche Bildungsprozesse wollen wir künftig stärker an unseren
36 Schulen verankern. Hierzu werden wir das Programm der Offenen
37 Ganztagschule auf alle weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I
38 ausdehnen. Mit einer schrittweise zu verbessernden Finanzierung
39 durch das Land wollen wir die Voraussetzung für eine höhere Qualität
40 und Verlässlichkeit der außerunterrichtlichen Angebote schaffen.
41

42 Eine kind- und jugendgerechte Rhythmisierung von fachlichem Unter-
43 richt mit Erholungs- und Bewegungsphasen und eine optimale indivi-
44 duelle Förderung setzen einen Ganztag für alle Schülerinnen und
45 Schüler einer Schule voraus. Wir schaffen deshalb die Voraussetzun-
46 gen dafür, dass Schulen, Schulträger und Jugendämter im Rahmen
47 einer verzahnten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung in
48 einem abgestimmten sozialräumlichen Konzept Ganztagschulen
49 ausbauen können.
50

51 **Unser Ziel: Der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen** 52 53

54 Wir werden die Schulträger mit einem mehrjährigen Landesinvestiti-
55 onsprogramm unterstützen, um die räumlichen Voraussetzungen für
56 den Ganztag zu schaffen. Im Rahmen dieses Programms sollen für
57 die Lehrerinnen und Lehrer ein die Kreativität und Kooperation för-
58 derndes Arbeitsumfeld bzw. entsprechende Arbeitsmöglichkeiten
59 geschaffen werden. Durch längere Anwesenheit der Lehrerinnen und

1 Lehrer an den Schulen wird die Voraussetzung für eine verbesserte
2 Koordination aller Angebote und die individuelle Unterstützung der
3 Schülerinnen und Schüler geschaffen.

4
5 Wir werden die positiven Erfahrungen aus der Arbeit mit den Partnern
6 aus Jugendhilfe, Kultur und Sport im Rahmen der Offenen Ganztags-
7 schulen für die Entwicklung gemeinsamer Konzepte an den Ganz-
8 tagsschulen nutzen. Die Einbindung von Fachkräften der Kinder- und
9 Jugendhilfe, des Sports und des kulturellen Bereichs auf gleicher
10 Augenhöhe muss in allen Bereichen der Schule und ihrer Gremien
11 erfolgen. Im Rahmen ihrer Selbstständigkeit entscheiden die Schulen
12 über alle außerunterrichtlichen Angebote im Rahmen eigener Finanz-
13 budgets.

17 **Selbstständige Schule:**

18 **Wir wollen die Selbstständigkeit der Schulen in starken** 19 **Bildungslandschaften vor Ort stärken**

21 **Selbstständigkeit im staatlichen Bildungswesen**

22
23 Dreh- und Angelpunkt für die beste Bildung für alle in der Schule ist
24 ein besserer Unterricht. Der Unterricht ist der Ort, an dem sich der
25 Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern im Besonderen ent-
26 scheidet. Er ist das Ergebnis einer langfristig angelegten Entwick-
27 lungsarbeit aller an der Schule Beteiligten. Nur diese können sinnvoll
28 darüber entscheiden, welche Schritte und Instrumente für einen guten
29 Unterricht an ihrer Schule unter den gegebenen Rahmenbedingun-
30 gen notwendig sind. Sie sind als Seismografen des Wandels, den sie
31 vielfältig erleben und bewältigen müssen, besser aufgestellt, um im
32 Rahmen einer kompensatorischen Bildungspolitik zusammen mit den
33 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Fehlentwicklungen
34 frühzeitig zu begegnen.

35
36 Wir trauen den Schulen die Gestaltungsfähigkeit für einen besseren
37 Unterricht zu. Wir wissen aus den Erfahrungen anderer Bildungssys-
38 teme, dass dieses allemal effektiver ist als ein engmaschiges Netz
39 von Vorschriften und Kontrollen durch den Staat.

40
41 Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass das päd-
42 agogische und didaktische Know-how in den Schulen für die Entwick-
43 lungsarbeit genutzt und verbessert wird.

44
45 Voraussetzung für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse selbststän-
46 diger Schulen ist ein Staat, der die Rahmenbedingungen und die
47 Vergleichbarkeit der Ergebnisse sichert. Er beschreibt künftig nur
48 noch in Form von Standards und Kernlehrplänen die pädagogischen
49 und fachlichen Ziele von Schule und überprüft deren Erreichen durch
50 Lernstandserhebungen, qualitätsorientierte Schulinspektionen und
51 zentrale Abschlussprüfungen.

52
53 Der Staat ist Teil eines Steuerungssystems, das den Schulen zwar
54 die Ziele vorgibt, sie aber den Weg dorthin wirklich weitgehend frei
55 gestalten lässt. Nicht jede Region ist gleich, und jedes Kind ist an-
56 ders. Deshalb ist es wichtig, dass die Schulen Gestaltungsspielraum
57 für eigene Schwerpunktsetzungen haben und nicht durch gesetzliche
58 Vorgaben und Vorschriften weiter unnötig eingeengt werden.

1 **Selbstständigkeit umsetzen**

2

3 In der selbstständigen Schule werden die Bereiche Unterrichts- und
4 Personalentwicklung sinnvoll mit der Organisationsentwicklung einer
5 Schule verbunden. Wir werden gemeinsam mit den Schulträgern
6 dafür sorgen, dass sich die Schulen auf ein dichtes Unterstützungs-
7 netz verlassen können. Für uns ist dies – im Gegensatz zu anderen -
8 keine Floskel.

9

10 Die Schulen müssen selbst und verantwortlich über Inhalte und Orga-
11 nisation des Unterrichts entscheiden können! Dazu werden wir alle
12 Erlasse und Verfügungen in ihrer Gültigkeit zeitlich begrenzen. Die
13 Schulen entscheiden selbst über den Unterrichtsrahmen, die Verbin-
14 dung bestimmter Fächer, die Rhythmisierung und die Organisation
15 des Unterrichts, die Zusammensetzung und die Größe von Lerngrup-
16 pen oder die Grundlagen und die Ausgestaltung der Leistungsbewer-
17 tung – mit Ausnahme der Abschlussprüfungen.

18

19 Wir wollen, dass Lehrerinnen und Lehrer zusammen mit Schülerinnen
20 und Schülern sowie weiteren Partnern gemeinsam die Schule entwi-
21 ckeln und so die Qualität steigern. Dazu werden wir die Einrichtung
22 schulischer Qualitätsteams einfordern und diese mit eigenen Fortbil-
23 dungsmitteln ausstatten.

24

25 Wir werden den Aufbau einer offenen Evaluationskultur an den
26 Schulen unterstützen. Dabei geht für uns die interne Evaluation durch
27 die Schule selbst der Überprüfung und Beratung von außen voraus.
28 Sie soll wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Qualität
29 der Schulen liefern. Darüber hinaus setzen wir auf eine externe
30 Evaluation durch eine Schulinspektion nach niederländischem
31 Vorbild. Sie soll als Reflexionspunkt und Rückmeldung von außen
32 über die Entwicklungsarbeit einer Schule dienen. Sie schwächt nicht
33 das Zutrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Schulen – sie stärkt
34 diese durch partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung.

35

36 In der selbstständigen Schule müssen alle mitgenommen werden!
37 Nur wenn alle Beteiligten die Möglichkeit haben, sich angemessen in
38 den Qualitätsentwicklungsprozess einzubringen und sich hinter den
39 Entwicklungszielen einer Schule versammeln, sind auch die gemein-
40 samen Perspektiven sichtbar. Neben den Steuergruppen werden wir
41 daher die Gremien der Schulmitwirkung wieder demokratisieren.
42 Dazu gehört für uns ganz selbstverständlich, dass wir die Drittelpari-
43 tät in den Schulkonferenzen wieder einführen und den Ausschluss
44 der Kommunen von der Schulleiterwahl wieder rückgängig machen
45 werden.

46

47 Eine wichtige Voraussetzung für die Beteiligung aller Akteure auf
48 Augenhöhe ist für uns die Schaffung von echter Mitbestimmung. Wir
49 werden den Frontalangriff der Landesregierung auf sie rückgängig
50 machen und die Mitbestimmung auf die Erfordernisse der selbststän-
51 digen Schule ausrichten. Wir wollen, dass die Lehrerräte mit echten
52 Personalratsaufgaben mit den Schulleitungen verhandeln können und
53 hierfür angemessen qualifiziert und entlastet werden.

54

55 Wir werden den Schulleitern alle für ihre Führungsrolle in der selbst-
56 ständigen Schule notwendigen Kompetenzen geben und sie von
57 Verwaltungsarbeit entlasten. Schulleiter sind Leitungskräfte, die für
58 die Wahrnehmung dieser Aufgabe auch Zeit benötigen. Zudem erhalten
59 sie Unterstützung durch eine serviceorientierte Personalverwal-

1 tung. In der Schule ist es wichtig, dass alle, die mit Steuerungsauf-
2 gaben beschäftigt sind, verwaltungsseitig intensiv unterstützt werden.
3

4 Wir wollen, dass Schulleiter vor ihrer Amtsübernahme und begleitend
5 angemessen qualifiziert werden. Das geht nur über die ausreichende
6 Bereitstellung von mehr Fortbildungsmitteln. Überhaupt werden wir
7 klarstellen: Aus- und Fortbildung sind der Schlüssel für die Weiterent-
8 wicklung von Schulen und deren Lehrkräften.
9

10 Zur Selbstständigkeit gehört auch die Verfügbarkeit von Mitteln für die
11 Schulen. Dazu wollen wir die Trennung von inneren und äußeren
12 Schulangelegenheiten so weit es geht überwinden. Die Verantwort-
13 lichen von Staat und Schulträgern wollen wir genauer definieren
14 und die entsprechenden Mittel von Land und Kommune für die Schu-
15 len in einem Budget zusammenfassen. Damit erhalten die Schulen
16 zum Beispiel die Möglichkeit, Sozialarbeiter, Medienfachleute, Kunst-
17 pädagogen in die Schule einzubinden. Die im Modellprojekt Selbst-
18 ständige Schule erfolgreich erprobte Möglichkeit der Kapitalisierung
19 freier, besetzbarer Lehrerstellen wird daher auf alle Schulen des
20 Landes übertragen.
21

22 Für die beste Entwicklung von Schulen sollen auch fortlaufend
23 aktuelle Erkenntnisse der Pädagogik und Didaktik in den Schulen
24 verwendet werden. Es war daher ein schwerer Fehler der schwarz-
25 gelben Landesregierung, das national anerkannte Landesinstitut für
26 Schule aufzulösen und somit einem Know-how-Abfluss aus NRW
27 Vorschub zu leisten. Wir brauchen die Anbindung der Wissenschaft
28 an die Weiterentwicklung des Bildungswesens. Deshalb werden wir
29 ein landesweites Institut für Aus- und Fortbildung im Bildungswesen
30 und eine Qualitätsagentur für das Land NRW etablieren und diese mit
31 der Wissenschaft verknüpfen.
32
33

34 **Rahmenbedingungen für selbstständige Schulen**

35

36 Die selbstständigen Schulen werden eingebettet in ein System von
37 Beratung und Service, zu denen die Unterstützung durch den Perso-
38 nalservice, durch die Schulaufsichtsbehörden, die landesweite Quali-
39 tätsagentur, Evaluationsberater und eine neu justierte Schulaufsicht
40 gehören. Kernstück von schulnahen Beratungs- und Serviceleis-
41 tungen wird jedoch die Einführung regionaler Bildungsbüros auf der
42 Ebene der Kreise und kreisfreien Städte sein. Diese werden gemein-
43 sam durch Land und Kommunen getragen. Die regionalen Bildungsbüros sollen regionale Aktivitäten im Bildungswesen koordinieren und insbesondere die Schulen mit den Einrichtungen der Jugendhilfe, der Weiterbildung, der beruflichen Bildung und weiterer Träger und Aktivitäten verbinden. Zudem wollen wir von dieser Stelle aus die genaue Stellenzuweisung auf der Grundlage einer durch Landesschlüssel verbindlichen allgemeinen Stellenzuweisung vornehmen. Damit schaffen wir ein wirksames Instrument auf der kommunalen Ebene, um Anreize für eine kompensatorische Bildungspolitik zu setzen. Die größtmögliche Akzeptanz schaffen wir durch regionale Bildungskonferenzen, die aus Vertretern der Schulaufsicht, des Schulträgers und der Schulen gebildet werden.
54

55
56 In den regionalen Bildungsbüros werden zudem Serviceleistungen für
57 die Schulen gebündelt. Hierzu zählen u.a. Angebote der Umwelter-
58 ziehung, Gesundheitserziehung, Beratung in Ganztags- und Integra

1 tionsfragen, Übergangsmanagement Schule – Beruf bzw. Hoch-
2 schule.

3
4 Unser Ziel ist die Schaffung regionaler Bildungslandschaften, in de-
5 nen alle Einrichtungen des Bildungswesens vor Ort miteinander ver-
6 netzt werden und dafür sorgen, dass möglichst bruchlose Bildungs-
7 biografien für Kinder und Jugendliche mit dem Anschluss an das
8 lebenslange Lernen möglich werden. Besonderes Augenmerk legen
9 wir dabei weiterhin auf die Zusammenarbeit der Schulen mit den
10 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. In einer so verstandenen
11 Beratungs- und Unterstützungslandschaft werden die Kommunen
12 zunehmend zu bildungspolitische Akteure, deren Einflussmöglich-
13 keiten deutlich über die Regelung der äußeren Schulangelegenheiten
14 hinausgehen. Dieses Konzept einer erweiterten Schulträgerschaft
15 streben wir bewusst an, um langfristig eine partnerschaftliche Schul-
16 entwicklung zu erreichen. Dazu ist es notwendig, dass Aufgaben
17 zwar kooperativ gelöst werden, Zuständigkeiten zwischen Kommune
18 und Land jedoch eindeutig zugeordnet werden, damit keine Doppel-
19 oder Nicht-Zuständigkeiten entstehen. Dabei bleibt die staatliche Ge-
20 samtverantwortung für die Entwicklung des Bildungswesens erhalten.

21
22 Ein neu justiertes System von Beratung und Steuerung erfordert
23 neben dem veränderten Aufgabenverständnis der Schulaufsicht auch
24 eine klarere Struktur als bisher. Wir werden daher künftig die Kern-
25 aufgaben der Schulaufsicht von den Aufgaben Beratung und Service
26 trennen und neu verteilen. Vor dem Hintergrund einer klaren Zustän-
27 digkeitsverteilung wollen wir eine möglichst schulnahe Beratung und
28 Unterstützung auch in schulaufsichtlicher Hinsicht und streben dazu
29 einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen des Landes und der
30 Kommunen an.

31
32 Zum neuen Steuerungsverständnis von Schule gehört, dass dem
33 Landtag jährlich ein landesweiter Bildungsbericht über den Stand der
34 Entwicklung schulischer Qualität vorgelegt wird.

35 36 37 38 **Berufsbildung:**

39 **Wir können und dürfen es uns nicht erlauben, dass auch nur ein**
40 **junger Mensch in NRW ohne abgeschlossene Ausbildung bleibt.**

41 42 **Situation der beruflichen Bildung**

43
44 Das System der beruflichen Bildung befindet sich in einer tiefen Krise.
45 Dem dualen System gelingt es seit Jahren nicht mehr, jungen Men-
46 schen nach ihrem Schulabschluss ein auswahlfähiges Angebot an
47 Ausbildungsplätzen anzubieten.

48
49 Auch in konjunkturell stärkeren Phasen reicht die Zunahme von ange-
50 botenen Ausbildungsplätzen und abgeschlossenen Ausbildungsver-
51 trägen bei weitem nicht aus, alle Bewerberinnen und Bewerber mit
52 einem betrieblichen Ausbildungsplatz zu versorgen. Im Gegenteil: Die
53 Zahl der unversorgten Jugendlichen steigt kontinuierlich an, so dass
54 im Jahr 2006 erstmals mehr als die Hälfte der Ausbildungsplatz-
55 suchenden Altbewerberinnen und Altbewerber waren. Verschärft wird
56 diese Entwicklung auch dadurch, dass durch die Einführung von Stu-
57 diengebühren viele Abiturienten auf ein Hochschulstudium verzichten
58 und in die berufliche Ausbildung ausweichen.

1 Diese Situation ist nicht nur eine Katastrophe für die Zukunftschancen
2 junger Menschen, sie gefährdet auch durch den sich abzeichnenden
3 Fachkräftemangel die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der
4 deutschen Volkswirtschaft.
5

6 7 **Ausbildungsgarantie für alle - auf hohem Niveau** 8

9 Das duale System stellt eine Besonderheit in unserem Bildungssystem
10 dar. Während allen Jugendlichen an Schulen und Hochschulen
11 ein Platz garantiert wird, sofern sie über die entsprechenden Voraussetzungen verfügen, ist das bei der dualen Ausbildung nicht der
12 Fall. Obwohl (schon 1980) durch Verfassungsgerichtsurteil Wirtschaft, Handwerk und allen anderen Anbieter von Ausbildungsstellen
13 im dualen System die Verpflichtung eines ausreichenden Ausbildungsstellenangebotes – unerheblich wirtschaftlicher Bedingungen –
14 aufgetragen wurde, und es damit seine Legitimation erhielt, ist ein abgesicherter Übergang in die berufliche Ausbildung nicht gewährleistet. Noch immer orientiert sich die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze im Wesentlichen an der aktuellen Nachfrage der
15 Unternehmen.
16
17
18
19
20
21

22
23 Der sich abzeichnende Fachkräftemangel bei gleichzeitigem Anstieg
24 der Anzahl junger Menschen ohne Berufsausbildung sind ein Beleg
25 dafür, dass sich diese Nachfrage jedoch weniger an den langfristigen
26 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten ausrichtet,
27 als vielfach dem reinen kurzfristigen Profitinteresse der Unternehmen.
28 Die Zukunftschancen der jungen Menschen bleiben dabei auf der
29 Strecke.
30

31 Unser politisches Ziel ist klar: Eine echte Ausbildungsgarantie für alle
32 jungen Menschen und zwar auf hohem qualitativen Niveau.
33

34 Dazu bedarf es in erster Linie der Sicherung und Weiterentwicklung
35 des dualen Systems der beruflichen Bildung. Trotz der jährlich wiederkehrenden erschreckenden Zahlen unversorgter Jugendlicher auf
36 dem Ausbildungsmarkt hat das duale System für uns Zukunft. Ein
37 duales Berufsbildungssystem, bei dem die Wirtschaft betriebliche
38 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, ist grundsätzlich das beste
39 Mittel zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Das zeigt auch der
40 europäische Vergleich.
41

42
43 Deshalb ist es eine der dringendsten Aufgaben, insgesamt mehr
44 Ausbildungsplätze im dualen System zu schaffen. Dazu bedarf es
45 weit größerer Anstrengungen, als sie im Ausbildungskonsens
46 vereinbart worden sind. Es gilt auch, ein höheres Maß an Gerechtigkeit
47 herzustellen zwischen ausbildenden Betrieben und den Betrieben,
48 die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten. Bei aller notwendigen und erprobten Flexibilität des Systems der dualen Ausbildung
49 kann es keine Einschränkungen des in der Ausbildungsordnung
50 festgelegten schulischen Anteils geben.
51

52
53 Um aber langfristig eine echte Ausbildungsgarantie zu verankern,
54 reichen Maßnahmen im und für das duale System zurzeit alleine nicht
55 aus. Um allen jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung zu
56 garantieren, brauchen wir – zeitlich befristet – neben dem dualen
57 System eine gleichermaßen anerkannte und qualitativ hochwertige
58 staatlich verantwortete zweite Säule in der Berufsbildung.
59

1 Die Landschaft des dualen Systems ist vor allem geprägt durch
2 industrielle Strukturen und das Handwerk. Hier hat dieses System
3 seine Ursprünge und gleichzeitig auch seine größten Erfolge vorzu-
4 weisen. Es muss allerdings im Zuge des Wandels der Arbeitsgesell-
5 schaft festgestellt werden, dass das duale System im Dienstleistungs-
6 bereich nicht an die Erfolge in anderen Bereichen anknüpft, deshalb
7 muss es in diesem Bereich ausgebaut werden.

8
9 Die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und die Ausbildung des
10 Fachkräftenachwuchses ist zu aller erst die Verantwortung der
11 Wirtschaft. Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen.

12
13 Nicht zuletzt die Kammern müssen ihre Anstrengungen weiter er-
14 höhen. Nicht ausbildende Betriebe müssen zur Ausbildung motiviert
15 und durch erfahrene Ausbildungsbetriebe über Chancen und Nutzen
16 informiert werden. Kammern sollen Betriebe, die zum ersten mal
17 ausbilden, begleiten und in ein „Netzwerk der Neuen“ bei den
18 Kammern einbinden.

19
20 Bei Betrieben, die sich aus der Ausbildung zurückziehen, müssen
21 systematisch die Gründe ermittelt und Maßnahmen entwickelt
22 werden, solchen Entwicklungen entgegenzusteuern. Kammern sollten
23 auf gesondert erhobene Gebühren im Zusammenhang mit der Ausbil-
24 dung verzichten. Die Kammern müssen die Möglichkeit schaffen,
25 dass diese Kosten von allen Betrieben übernommen werden.

26
27 Die berufliche Erstausbildung muss auch zukünftig in gesamtgesell-
28 schaftlicher Verantwortung abgesichert werden. Um zu verhindern,
29 dass immer mehr Jugendliche auf staatliche Ausbildungsangebote
30 angewiesen sind, muss Politik eine aktivierende Berufsbildungsfinan-
31 zierung entwickeln. Von daher wollen wir kleine und mittlere Unter-
32 nehmen, die im Verbund mit anderen Unternehmen oder einer über-
33 betrieblichen Ausbildungsstätte ausbilden, weiter organisatorisch und
34 finanziell unterstützen.

35
36 Zum gesetzlichen Auftrag der Kammern gehört unter anderem „die
37 Aufgabe, das Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetrei-
38 benden ihres Bezirkes wahrzunehmen, für die Förderung der gewerb-
39 lichen Wirtschaft zu wirken und dabei die wirtschaftlichen Interessen
40 einzelner Gewerbebezüge oder Betriebe abwägend und ausgleichend
41 zu berücksichtigen.“ (Industrie- und Handelskammergesetz) Dieser
42 gesetzliche Auftrag muss mit Nachdruck verfolgt werden.

43
44 Damit erhalten die Kammern die Legitimation, mit den von ihnen er-
45 hobenen Beiträgen für einen Ausgleich zwischen ausbildenden
46 Betrieben und Ausbildungsverweigerern zu sorgen. Die Kammern
47 könnten auf diesem Wege die Kosten kompensieren, die den ausbil-
48 denden Unternehmen durch die Berufsschulstage entstehen.

49
50 Wir wollen die Entwicklung moderner Berufsbilder. Als Antwort auf die
51 zunehmende Spezialisierung vieler Unternehmen kam es auch zu
52 einer Spezialisierung vieler Berufsbilder. Dies hat zu einer höheren
53 Zahl der Berufe und einer vermeintlich höheren Passgenauigkeit ge-
54 führt. Die Verwendung dieser Berufsbilder hat aber im gleichen Zug
55 drastisch abgenommen, da immer weniger Betriebe und Unterneh-
56 men mit solchen Berufen etwas anfangen können. Wir streben an, die
57 Anzahl der Ausbildungsberufe zugunsten einer breiteren Qualifikation
58 zu verringern und einfachere Berufsbilder wieder als Ausbildungs-
59 berufe zu ermöglichen.

1 Bessere individuelle Förderung ist ein wirksames Instrument, 2 um einen Ausbildungsabbruch vorzubeugen

3
4 Wir wollen Auszubildende stärker individuell fördern. Dazu müssen
5 Berufsschulen und Betriebe enger miteinander zusammenarbeiten. In
6 einem ausbildungsbegleitenden Unterstützungssystem muss der
7 individuelle Qualifikationsbedarf kontinuierlich ermittelt und den
8 Auszubildenden die entsprechende Förderung angeboten werden.
9 Gemeinsame Fortbildungen von Ausbilderinnen und Ausbilder bzw.
10 Berufsschullehrerinnen und -lehrer können dabei helfen und eine
11 bessere Lernortkooperation fördern.

12
13 Für den gesicherten Einstieg in die Berufsausbildung, Senkung der
14 Abbruchquoten und den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung
15 müssen die Grundlagen schon in der Schule gelegt werden. Dazu
16 muss die Berufs- und Arbeitsweltorientierung fester Bestandteil des
17 Unterrichts werden. Schulen, regionale Betriebe, Bundesagentur für
18 Arbeit, Gewerkschaften und Kammern sollen dazu eng kooperieren
19 und gemeinsam entsprechende Angebote entwickeln. Des Weiteren
20 soll ein Angebot an Schulsozialarbeit kontinuierlich aufgebaut, ausge-
21 baut und institutionalisiert werden. Diese zweite Profession ist uner-
22 lässlich, um individuell die Aneignung von Sozial- und Humankompe-
23 tenzen zu fördern. Die notwendigen Stellen sind nicht auf Lehrerstel-
24 len anzurechnen.

25
26 Insbesondere auf Jugendliche mit Migrationshintergrund muss ein
27 besonderes Augenmerk gelegt werden. Der Ausgleich von Sprach-
28 defiziten muss dabei im Mittelpunkt stehen. Wichtig ist beispielsweise
29 eine Verbesserung des Zusammenspiels von Integrationskursen
30 nach dem Zuwanderungsgesetz und von Maßnahmen der Beschäfti-
31 gungsförderung nach SGB II und SGB III: z.B. Ausbau des Sprach-
32 förderangebots mit berufsbezogenen Elementen.

33
34 Die qualitativen und quantitativen Herausforderungen bedürfen einer
35 gemeinsamen Anstrengung und eines intensiven Dialogs aller Betei-
36 ligten. Um stärker auf die regionalen Bedarfe und Besonderheiten
37 eingehen zu können, wollen wir regionale Berufsbildungsdialoge
38 forcieren.

41 Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen

42
43 Die Organisation der Berufskollegs als selbstständige Schulen mit
44 eigener Rechtsform und Finanzierung durch eine staatlich-kommuna-
45 le Verantwortungsgemeinschaft bietet die organisatorische Voraus-
46 setzung für die Bildung von beruflichen Kompetenzzentren. In beruf-
47 lichen Oberstufen können dort weiterhin alle schulischen Abschlüsse
48 erworben und damit die Durchlässigkeit des Schulsystems in NRW
49 gesichert werden.

50
51 Die Berufskollegs in NRW sollen darüber hinaus in Zukunft als staat-
52 liche Einrichtungen der Ausgangspunkt einer staatlich verantworteten
53 2. Säule der Berufsausbildung sein und eine vollzeitqualifizierende
54 Ausbildung dann sichern, wenn die duale Ausbildung vor Ort nicht
55 ausreichend gesichert ist. Zusätzlich wollen wir die Möglichkeiten des
56 novellierten Berufsbildungsgesetzes (BBiG) verstärkt nutzen, so dass
57 alle Jugendlichen in vollzeitschulischen Bildungsgängen, die ergän-
58 zend zu den im dualen System bereit gestellt werden, diese zusätz-
59 lich mit einer Kammerprüfung abschließen können. Gemeinsam mit

1 den Kammern werden hierzu Qualitätsstandards vereinbart, die die
2 Akzeptanz dieser Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt sichern.

3
4 Beide Wege sollen durch Praxisphasen ergänzt werden, die durch
5 örtliche Betriebe oder durch Ausbildungsverbände bereitgestellt
6 werden. Eine Kooperation mit betrieblichen und überbetrieblichen
7 Ausbildungsstätten wollen wir unterstützen. Ein berufliches Kompe-
8 tenzzentrum ist deshalb nicht nur eine „Schule“ im herkömmlichen
9 Sinne, sondern arbeitet intensiv mit unterschiedlichen Trägern der
10 Berufsausbildung in einem Netzwerk federführend zusammen. Die
11 Rolle der überbetrieblichen Ausbildungsstätten ändert sich so, weil
12 sie gleichzeitig Lernort im dualen System und in der zweiten Säule
13 der Berufsbildung mit in Berufskollegs geführten Ausbildungsgängen
14 werden. Die Finanzierung dieses praktischen Teils der Ausbildung
15 wird staatlicherseits gesichert.

16
17 Die Berufskollegs als berufliche Kompetenzzentren sind Teil der
18 regionalen Bildungslandschaft. Sie können ergänzend zum bestehen-
19 den Weiterbildungsangebot mit kostenpflichtigen Angeboten im Wei-
20 terbildungsbereich auch Einnahmen erwirtschaften, die zur Verbesse-
21 rung der Ausstattung im Ausbildungsbereich genutzt werden.

22
23 Wir streben die Gleichwertigkeit der beruflichen und der allgemeinen
24 Bildung an. Deshalb wollen wir das Berufsbildungssystem zu einem
25 gleichberechtigten Zweig des Bildungswesens entwickeln, in dem
26 auch alle schulischen Abschlüsse erworben werden können.

27
28 Die berufliche Oberstufe muss und kann stärker als bisher als Alter-
29 native zum Lernen in der allgemeinbildenden Oberstufe profiliert wer-
30 den. Dies geschieht insbesondere dadurch, dass bereits bestehende
31 Angebote stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht werden.

32 33 **Durchlässigkeit erhöhen**

34
35
36 Unser Bildungssystem muss insgesamt durchlässiger werden, auch
37 in der beruflichen Bildung. Das bedeutet, dass wir die starre Tren-
38 nung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung überwinden
39 müssen.

40
41 Die Diskussion um einen Europäischen und Nationalen Qualifikati-
42 onsrahmen wollen wir daher nutzen, die Durchlässigkeit zwischen
43 den verschiedenen Systemen und Bildungsbereichen zu erhöhen.
44 Dies betrifft auch die sinnvolle Verzahnung und Anrechnung der
45 Abschlüsse der beruflichen Bildung mit den eingeführten Bachelor-
46 Abschlüssen. So leisten wir einen wirkungsvollen Beitrag zum
47 lebenslangen Lernen.

48
49 Mehr Durchlässigkeit bedeutet für uns auch, dass wir stärker als bis-
50 her erbrachte Einzelleistungen, wie berufsvorbereitende Maßnahmen
51 oder Einstiegsqualifizierungen, zertifizieren und sie auf eine folgende
52 Berufsausbildung anrechnen. Gleiches gilt für die erbrachten Leistun-
53 gen von Ausbildungsabbrechern. Jede/r soll eine zweite Chance
54 bekommen, seine Ausbildung zu einem erfolgreichen Abschluss zu
55 führen.

56
57 Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung, aber auch Berufsfach-
58 schulen wie die Handelsschule oder sogar vollzeitschulische Berufs-
59 ausbildungsgänge dürfen nicht zu Warteschleifen werden. Unser Ziel

1 ist es, dass die in den vollzeitschulischen Bildungsgängen verbrachte
2 Zeit zumindest teilweise auf Ausbildungszeiten angerechnet wird
3 bzw. zur Teilnahme auch einer außerschulischen Berufsabschluss-
4 prüfung berechtigt.

5
6 Übrigens: 70 % aller Jugendlichen durchlaufen die Berufskollegs in
7 der Sek. II. Ein Kollegium arbeitet gemeinsam in unterschiedlichen
8 Schulformen. Es ist selbstverständlich für Lehrerinnen und Lehrer, in
9 unterschiedlichen Bildungsgängen mit jeweils anderen Anforderungs-
10 profilen zu unterrichten. Die Berufskollegs sind ein eindrucksvoller
11 Beleg für die positiven Ansätze der sozialdemokratischen Bildungspo-
12 litik. Die Erfahrungen können für die Gemeinschaftsschule fruchtbar
13 und unterstützend sein.

17 **Weiterbildung:**

18 **Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen.**

19
20 Lebenslanges Lernen ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilha-
21 be der Menschen am gesellschaftlichen Miteinander. Sie sichert nicht
22 nur die Beschäftigungsfähigkeit, sondern ermöglicht auch die Entfal-
23 tung der Persönlichkeit durch Partizipation am sozialen, politischen
24 und kulturellen Leben.

25
26 Lebenslanges Lernen fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt
27 und die Entwicklung der sozialen Demokratie. Lebenslanges Lernen
28 entscheidet auch über die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des
29 Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Angesichts des demogra-
30 fischen Wandels und längerer Lebensarbeitszeiten kommt es darauf
31 an, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die gesamte
32 Berufsbiografie hinweg ihre Qualifikationen erhalten und erweitern
33 können.

34
35 Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der sich Menschen ein Leben
36 lang weiterentwickeln können. Lebenslanges Lernen und Weiterbil-
37 dung sind Kernelemente der zukunftsfähigen und nachhaltigen
38 Gestaltung unseres Gemeinwesens.

41 **Weiterbildung ist öffentliche Aufgabe**

42
43 Weiterbildung ist ein entscheidender Abschnitt von „Bildung im
44 Lebenslauf“. Sie steht genauso in öffentlicher Verantwortung wie
45 andere Bildungsabschnitte und ist Teil der öffentlichen Daseinsvor-
46 sorge. Wir bekennen uns zum Recht auf Weiterbildung. Weiterbildung
47 erweitert den Horizont, erhöht die Chancengleichheit, wirkt gesell-
48 schaftlicher Desintegration entgegen und leistet einen Beitrag zur
49 Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

50
51 Unser besonderes Augenmerk gilt Weiterbildungsangeboten für älte-
52 re Menschen im und nach dem Erwerbsleben, für Menschen aus ein-
53 kommenschwachen und bildungsfernen Milieus sowie zur Entwick-
54 lung politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit und interkultureller
55 Kompetenz.

56
57 Angesichts rückläufiger Teilnahmezahlen wollen wir in einer gemein-
58 samen Anstrengung von Land, Kommunen, Weiterbildungsträgern
59 und Landesorganisationen der Weiterbildung die Weiterbildungs-

1 beteiligung in Nordrhein-Westfalen auch durch gezielte Öffentlich-
2 keitsarbeit deutlich erhöhen. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Mit
3 dem bundesweit immer noch vorbildlichen Weiterbildungsgesetz ist in
4 Nordrhein-Westfalen eine plurale und leistungsfähige Weiterbildungs-
5 landschaft entstanden, deren Herzstück die kommunale Pflichtauf-
6 gabe Volkshochschule mit ihrem flächendeckenden Netz ist und
7 bleibt. Die Volkshochschulen gewährleisten die Grundversorgung mit
8 Weiterbildung und stellen gemeinsam mit den Einrichtungen in ander-
9 er Trägerschaft ein bedarfsdeckendes und wohnortnahes qualifizier-
10 tes, differenziertes und bezahlbares Angebot sicher.

11
12 Allerdings haben CDU und FDP die nordrhein-westfälische Weiter-
13 bildungslandschaft durch ihre Kürzungspolitik massiv unter Druck
14 gesetzt. Entgegen vorherigen Ankündigungen, den Weiterbildungs-
15 etat aufzustocken, beging Schwarz-Gelb auch hier Wortbruch und
16 kürzte die Weiterbildungsmittel um 13,5 Millionen Euro.

17 18 19 **Prinzip der 2. Chance stärken**

20
21 Wir wollen das Recht auf Weiterbildung auch dadurch verwirklichen,
22 dass wir allen Menschen in unserem Land garantieren, entgeltfrei an
23 einer anerkannten Weiterbildungseinrichtung Schulabschlüsse nach-
24 zuholen. Wir wollen allen Menschen in NRW, die nicht lesen und
25 schreiben können, garantieren, entgeltfrei an einem Alphabetisie-
26 rungskurs in einer anerkannten Weiterbildungseinrichtung teilzu-
27 nehmen.

28 29 30 **Weiterbildung zum kommunalen Politikfeld entwickeln**

31
32 Wir wollen die kommunale Bildungsverantwortung stärken und die
33 Gemeinden, Städte und Kreise bei der Entwicklung einer kommunalen
34 Bildungspolitik und beim Aufbau von Bildungslandschaften unter-
35 stützen. Voraussetzung dafür ist ein kommunales Leitbild für Bildung.

36
37 Die Schaffung dieser Bildungslandschaften setzt die Entwicklung
38 einer Kooperationskultur bei allen bildungsrelevanten Akteuren (Wei-
39 terbildungseinrichtungen, Kindergärten, Schulen, Betriebe, Kammern,
40 Arbeitsagenturen, Gewerkschaften, Hochschulen u.a.) voraus. Dabei
41 können die Volkshochschulen mit ihrer kommunalen Verankerung
42 und ihren Kooperationserfahrungen einen wichtigen Beitrag als
43 Moderatoren und Koordinatoren leisten.

44
45 Im Rahmen der kommunalen Bildungsplanung wollen wir insbeson-
46 dere die Kooperation der Weiterbildungseinrichtungen mit Schulen
47 stärken. Insbesondere Angebote zur kommunalen Lehrerfortbildung
48 und zum Erwerb von anerkannten Zertifikaten (z. B. Fremdsprachen
49 und IuK-Techniken) für Schülerinnen und Schüler wollen wir fördern.

50
51 Die Weiterbildungseinrichtungen sind gefordert, spezielle Angebote
52 für junge Erwachsene zu entwickeln, um sie nach Schule und Aus-
53 bildung für lebenslanges Lernen zu interessieren und motivieren.
54 Volkshochschulen und Berufskollegs, die wir zu beruflichen Kompe-
55 tenzzentren umbauen wollen, stellen ein kommunal abgestimmtes
56 Angebot zur beruflichen Weiterbildung bereit.

57
58

1 **Flächendeckende Weiterbildungsberatung schaffen**

2
3 Der Weiterbildungsmarkt ist für viele Bürgerinnen und Bürger zu in-
4 transparent. Der Weiterbildungsinformation und -beratung – vor allem
5 für bildungsferne Menschen mit und ohne Migrationshintergrund -
6 kommt deshalb eine wachsende Bedeutung zu. Weiterbildungsbera-
7 tungsstellen sollen nicht nur Weiterbildungsbedarfe identifizieren und
8 Navigationshilfen durch das Angebot bieten, sondern auch individu-
9 elle Kompetenzbilanzen und Bildungspläne erstellen.

11 **Qualität von Weiterbildung sichern**

12
13
14 Wir werden alle vom Land geförderten Weiterbildungseinrichtungen
15 verpflichten, die Qualität ihrer Arbeit durch ein anerkanntes Zertifikat
16 oder Gütesiegel nachzuweisen. Zur Qualitätsentwicklung gehören
17 auch die systematische Fortbildung sowie die angemessene Hono-
18 rierung und soziale Absicherung der freiberuflichen Kursleiter und
19 Kursleiterinnen.

21 **Weiterbildung aufwerten**

22
23
24 Wir wollen die Spitzenposition von Nordrhein-Westfalen im Bereich
25 der Weiterbildung halten und ausbauen. Wir werden uns mit den
26 Kommunen, den Weiterbildungsträgern und den Landesorganisa-
27 tionen der Weiterbildung auf ein Weiterbildungsprogramm für NRW
28 verständigen. Wir werden die Weiterbildungsförderung spürbar
29 anheben und dafür sorgen, dass Weiterbildung einen höheren
30 Stellenwert in der Landespolitik erhält.

32 **Eine starke Demokratie ist ohne politische Bildung undenkbar**

33
34
35 Politische Bildung ist ein unverzichtbarer, eigenständiger Bildungs-
36 bereich in einem Gesamtsystem der Weiterbildung. Die Förderung
37 der politischen Bildung ist und bleibt eine elementare öffentliche
38 Aufgabe.

39
40 Angesichts „zunehmender Politikverdrossenheit“ ist die Forderung
41 nach mehr politischer Bildung von besonderer Bedeutung. Im Rah-
42 men des lebenslangen Lernens muss allen Menschen der Zugang zu
43 gesellschaftspolitischem Wissen offen stehen, um eine aktive Mitwir-
44 kung in der Demokratie zu fördern.

45
46 Politische Bildung ist ein konstitutives Element unserer demokrati-
47 schen Kultur und muss so früh wie möglich in unseren Schulen
48 gefördert werden. Die Mitwirkung von Schülerinnen, Schülern und
49 Eltern in allen schulischen Gremien hat oberste Priorität.

51 **Lehrer/innenausbildung:**

52
53 **Wir wollen die Lehrer/innenausbildung durch Bachelor und**
54 **Master an „pädagogischen Zentren für Lehrer/innenbildung“**
55 **reformieren**

56
57
58 Die Stärke unseres nordrhein-westfälischen Bildungssystems liegt bei
59 den über 180.000 Lehrerinnen und Lehrern, die jeden Tag den Kin-

1 dern und Jugendlichen Halt und Anerkennung geben, sie erziehen
2 und ihnen Fach- und Methodenwissen vermitteln. Viele qualifizieren
3 sich weiter, entwickeln neue Ideen, um jeder neuen Schülergenera-
4 tion in einer angemessenen Form zu begegnen. Trotz zunehmender
5 Belastung, gerade in sozialen Brennpunkten, leisten Lehrerinnen und
6 Lehrer in Zusammenarbeit mit Sozialpädagoginnen und Sozialpäda-
7 gogen und anderen Professionen jeden Tag einen konkreten Beitrag,
8 dass Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft seinen stärksten Rohstoff,
9 gut ausgebildete junge Menschen, entwickeln kann. Wir wissen: Die
10 Motivation und Leistungsbereitschaft dieser Bildungsfachleute ist der
11 Schlüssel für die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems. Der Leh-
12 rerausbildung kommt somit bei der Qualität der Bildung der Schülerin-
13 nen und Schüler eine zentrale Bedeutung zu.

14
15 Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, gewandelte Fami-
16 lien- und Erziehungsstrukturen, eine veränderte Lebensumwelt der
17 Schülerinnen und Schüler und die Notwendigkeit der Vermittlung
18 selbstständigen Lernens und der Problemlösungskompetenz im
19 Gegensatz zur reinen Wissensvermittlung machen einen veränderten
20 Unterricht und damit eine Reform der Lehrer/innenausbildung drin-
21 gend notwendig.

22 23 24 **Reformen sind dringend notwendig**

25
26 Internationale Studien wie PISA, IGLU und die im September 2004
27 erschienene OECD-Studie zum Vergleich der Lehrer/innenbildung in
28 Deutschland mit anderen Modellen in Europa - die nun auch der Aus-
29 bildung der deutschen Lehrer/innen ein schlechtes Zeugnis ausstellt -
30 verdeutlichen den Reformbedarf. Von Wissenschaftsrat, Hochschul-
31 rektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz liegen schon länger
32 Empfehlungen zur Lehrer/innenausbildung vor, die der veränderten
33 Schule gerecht werden. Besserer Unterricht braucht eine reformierte
34 Lehrer/innenausbildung.

35
36 Kritik an der bisherigen Lehramtsausbildung kommt auch aus der
37 Praxis: Lehrerinnen und Lehrer beklagen den „Praxisschock“ beim
38 Berufseinstieg und die bisherige Nachrangigkeit der Lehrer/innenaus-
39 bildung gegenüber den wissenschaftsbezogenen Studiengängen an
40 den Universitäten. Über das Reformziel sind sich alle Betroffenen
41 einig: Lehrerinnen und Lehrer müssen vom ersten Tag ihres
42 Studiums an die Verbindung von Praxis und Theorie erfahren.

43 44 45 **Den Bologna-Prozess gestalten**

46
47 Ausgehend von der Bologna-Deklaration, die am 19. Juni 1999 von
48 29 europäischen Nationen unterzeichnet wurde, wird auch die Leh-
49 rer/innenausbildung in Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester
50 2008/2009 auf das Bachelor-Master-System umgestellt werden. Nicht
51 nur deshalb ist die Einleitung eines umfassenden und nachhaltigen
52 Reformprozesses notwendig, der die neuesten wissenschaftlichen
53 Erkenntnisse und Diskussionen einbezieht sowie die Beteiligung aller
54 Akteure gewährleistet. Es muss definiert werden, welche pädagogi-
55 schen Kompetenzen den angehenden Lehrerinnen und Lehrern im
56 Studium vermittelt werden sollen. Die zu erreichenden Qualifikationen
57 und deren Stufen sind in entsprechenden Standards verbindlich
58 festzulegen. Anschließend sind Kriterien für die Auswahl und Ver-

1 knüpfung der Inhalte des fach- und bildungswissenschaftlichen
2 Lehrer/innenstudiums zu entwickeln.

3

4 Der Landesgesetzgeber steuert die Lehrer/innenausbildung über die
5 Festlegung von berufsbezogenen Kompetenzen und Standards sowie
6 fach- und bildungswissenschaftlicher Kerncurricula. Über die Bestim-
7 mung eines Rahmenmodells der Lehrer/innenausbildung hinaus müs-
8 sen die Hochschulen eigene Gestaltungsspielräume bekommen, die
9 sie durch die Entwicklung eigener Studienpläne und Module nutzen
10 können. Andererseits muss sicher gestellt sein, dass die Universitä-
11 ten die notwendigen Kapazitäten für die Lehrer/innenausbildung
12 bereitstellen.

13

14 Die Notwendigkeit der Vermittlung selbstständigen Lernens und der
15 Problemlösungskompetenz im Gegensatz zur reinen Wissensvermitt-
16 lung machen einen veränderten Unterricht notwendig. Hier müssen
17 gezielt neue Kompetenzen wie Diagnosefähigkeit und Umgang mit
18 heterogenen Lerngruppen vermittelt werden, um so dem Ziel der in-
19 dividuellen Förderung nahezukommen. Darüber hinaus müssen Leh-
20 rerinnen und Lehrer in der „Selbstständigen Schule“ zusätzliche
21 Organisationsqualitäten entwickeln, Schule im kommunalen Raum
22 vertreten und den kooperativen Umgang mit den Eltern pflegen.

23

24 Wir wollen auch die Qualität der zweiten Phase der Lehrer/innenaus-
25 bildung deutlich steigern. Wir benötigen hier ebenfalls einheitliche
26 Standards und eine fortwährende Evaluation der Lehrinhalte. Die
27 Studienseminare müssen laufend auf dem aktuellen Stand der Me-
28 thodik und Didaktik sein. Hierzu bedarf es einer größeren Vernetzung
29 und besseren Fortbildung der Fach- und Hauptseminarleiter.
30 Unerlässlich ist dazu ein stärkerer Austausch mit den Universitäten.

31

32

33 **Lehrer/innenausbildung zukunftsfähig gestalten**

34

35 Die zukünftige Entwicklung unseres Schulsystems hin zur Gemein-
36 schaftsschule erfordert eine Differenzierung der Lehrer/innenausbil-
37 dung nach Altersstufen und Lernbiografien der Schüler/innen. Dies
38 steht im Gegensatz zur schulformbezogenen Ausbildung des selekti-
39 ven dreigliedrigen Schulsystems. Auch wenn wir anerkennen, dass
40 wir in der Primarstufe, den Sekundarstufen, den Förderschulen und
41 den Berufskollegs unterschiedliche Profile vorfinden, müssen wir
42 diese gleichberechtigt nebeneinander stellen. Von daher schreiben
43 wir eine gleich lange Ausbildungsdauer für alle Lehramtsstudien-
44 gänge fest.

45

46

47 **Pädagogische Zentren für Lehrer/innenbildung schaffen**

48

49 Wir setzen uns dafür ein, dass pädagogische Zentren für Lehrer/in-
50 nenbildung an jeder Universität eingerichtet werden. Diese sind mit
51 ausreichenden Ressourcen und bzgl. ihrer inhaltlichen Ausgestaltung
52 mit klar definierten Kompetenzen auszustatten. Sie bündeln an den
53 Universitäten die Trias von Fachwissenschaft, Unterrichtsdidaktik und
54 Bildungswissenschaften. Sie sind zuständig für eine engere Verzah-
55 nung der Universitäten mit den Studienseminaren und sie kooperie-
56 ren mit den Ausbildungsschulen von Erzieherinnen und Erziehern.
57 Die Zentren für Lehrer/innenbildung sollen darüber hinaus leitende
58 Akteure der Weiterbildung von Lehrer/innen sein.

59

1 Das Recht und die Pflicht zur Weiterbildung für Lehrerinnen 2 und Lehrer schaffen

3
4 Der gesellschaftliche Wandel war und ist ein stetiger Prozess, auf
5 den der Staat zu jeder Zeit geeignete Antworten geben muss. Mit
6 dem Konzept des „Lebenslangen Lernens“ akzeptieren wir, dass
7 berufliche Weiterbildung wesentlicher Bestandteil des gesellschaftli-
8 chen Entwicklungsprozesses ist. Von daher muss es dem Staat eine
9 Verpflichtung sein, Lehrer/innen stetig weiter- und auszubilden. Aus
10 dieser Erkenntnis heraus leiten wir das Recht und die Pflicht zur
11 Weiterbildung von Lehrer/innen ab und setzen uns dafür ein, dass die
12 erforderlichen finanziellen und zeitlichen Ressourcen bereitgestellt
13 werden.
14
15
16

17 Zugang zur Hochschulbildung öffnen – 18 Qualität der Hochschulbildung stärken

19
20 Das neue Interesse an Bildung bietet die Chance, die Weltbilder von
21 Politik und Wissenschaft wieder anzunähern. Die Gefahr hierbei liegt
22 in einer politischen und ökonomischen Instrumentalisierung sensibler
23 Kraftzentren der Gesellschaft, die sich nur aus sich selbst heraus ent-
24 wickeln lassen und deren politische und ökonomische Fremdsteuer-
25 ung großen Schaden anrichten kann. Die zentrale Problematik der
26 Wissenschafts- und der Bildungspolitik insgesamt ist, dass die staat-
27 lichen Akteure Verantwortung für die Bildungsentwicklung als Ganzes
28 wahrnehmen müssen, aber gleichzeitig die Eigengesetzlichkeit des
29 Systems zu beachten haben. Es gilt also eine richtige Balance zwis-
30 chen Gestaltungsanspruch, staatlicher Verantwortung und der
31 Eigengesetzlichkeiten von Bildung und Wissenschaft zu finden. Das
32 ist die hohe Kunst der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Eine Pers-
33 pektive, der es nicht um Organisationsformen, sondern um Erneue-
34 rung dessen geht, was man als Substanz unseres Bildungssystems
35 bezeichnen kann, ist mehr denn je die Herausforderung.
36

37 Wir wollen eine so verstandene Autonomie unserer Hochschulen
38 durch Stärkung der inneren Demokratie sowie gleiche Beschäfti-
39 gungs- und Tarifbedingungen für die Beschäftigten der Hochschulen.
40
41

42 Qualität der wissenschaftlichen Bildung nachhaltig steigern

43
44 Es ist festzustellen, dass der Bedarf an wissenschaftlich ausgebil-
45 detem Personal für Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft insge-
46 samt deutlich angestiegen ist und noch weiter steigen wird. Das Land
47 und die Hochschulen haben deshalb den gemeinsamen Auftrag, die
48 hierfür erforderlichen Ausbildungskapazitäten in Quantität und Quali-
49 tät bereitzustellen. Gleichzeitig müssen sie dabei die zeitnahe Umset-
50 zung aktueller Forschungsergebnisse sicherstellen, da diese ent-
51 scheidend für eine erfolgreiche und nachhaltige Bildung und Ausbil-
52 dung sind. Dafür muss der Auftrag der Hochschulen, die Ausbildung
53 des wissenschaftlichen Nachwuchses unter anderem durch den
54 weiteren Ausbau von Graduate Schools, Nachwuchsforscherguppen
55 und Nachwuchsprofessorinnen und -professoren, qualitativ gestärkt
56 werden. Der Weiterbildungsauftrag der Hochschulen ist zu stärken.
57 Dieses gilt für die Weiterbildung des Personals und der Graduierten.
58

1 Die Qualität der Bildung im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich
2 bestimmt ganz wesentlich die Qualität von Bildung und Ausbildung im
3 tertiären Bereich der wissenschaftlichen und beruflichen Bildung.
4 Gleichzeitig bildet die Qualität der Bildung im tertiären Bereich wieder-
5 rum die Grundlage für alle Stufen der Bildungskette. Das gilt insbe-
6 sondere für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und
7 Lehrerinnen und Lehrern. Hier besteht ein großer Bedarf an steigen-
8 der Qualifikation, deren Grundlage eine wissenschaftliche Ausbildung
9 ist.

10
11 Wir wollen eine Qualitätsverbesserung der Ausbildung von Erziehe-
12 rinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen der
13 Hochschulausbildung.

14 15 16 **Hochschulzugang öffnen**

17
18 Die Öffnung des Zugangs zu Bildung und die Öffnung der Übergänge
19 zwischen den einzelnen Bildungsinstitutionen kommt eine wichtige
20 gesellschafts- und bildungspolitische Bedeutung zu. Dies erfordert
21 eine kontinuierliche aktive Förderung, insbesondere der Menschen
22 aus einkommensschwachen und bildungsfernen Milieus.

23
24 Barrieren wie beispielsweise die mangelnde Offenheit des Hoch-
25 schulzugangs für Personen, die nicht über ein Abitur verfügen, son-
26 dern zunächst eine berufliche Ausbildung aufgenommen haben,
27 müssen abgebaut werden.

28 29 30 **Neue Chancen für junge Menschen schaffen**

31
32 Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen stehen derzeit vor großen
33 Herausforderungen. Zum einen muss die Hochschulausbildung im
34 Rahmen der Bologna-Reform modernisiert werden, zum anderen wird
35 sich die Zahl der Studienberechtigten bis 2020 deutlich erhöhen.

36
37 Um den Hochschulstandort NRW zu sichern und die Hochschulen für
38 eine erhöhte Zahl von Studienanfängern offen zu halten, haben Bund
39 und Länder den Hochschulpakt 2020 vereinbart. Im Rahmen des
40 Hochschulpaktes sollen für die Jahre 2007 bis 2009 insgesamt mehr
41 als eine Milliarde Euro zum Ausbau der bundesweiten Studienkapazi-
42 täten zur Verfügung gestellt werden. Nordrhein-Westfalen muss un-
43 verzüglich damit beginnen, im Rahmen eines Masterplans zielgenau
44 neue und zusätzliche Studienplätze aufzubauen. Hierbei sind insbe-
45 sondere Studiengänge mit hoher Studierendennachfrage und hoher
46 Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sowie der Erhalt der fachlichen
47 Breite der Studienangebote zu berücksichtigen.

48
49 Was als ein Lösungsansatz begonnen wurde, um mehr Studienplätze
50 zu schaffen, drohte lange Zeit aber in den Mühlen eines falsch ver-
51 standenen Wettbewerbsföderalismus zerrieben zu werden. Die aus-
52 schließlich negative Fokussierung auf den Aspekt der Finanzierung
53 war falsch. Die stark steigende Zahl der Studierenden in den nächs-
54 ten Jahren ist nicht vorrangig als ein finanzielles Problem zu verste-
55 hen. Mehr Studierende sind eine einmalige Chance für uns alle. Mehr
56 junge Menschen, die eine gute und höhere Bildung wollen, mehr
57 kluge Köpfe, mehr innovative Menschen sind genau das, was von der
58 OECD völlig zu Recht als Zukunft unseres Landes empfohlen wird.
59

1 Es liegt in der gesamtstaatlichen Verantwortung von Bund und Län-
2 dern, mit einer wirklich ausreichenden Investition in die Lehre dafür
3 zu sorgen, dass junge Menschen auch qualifiziert studieren können.
4 Junge Menschen, die künftig ein Studium aufnehmen wollen, dürfen
5 nicht vor verschlossenen Türen stehen. Statt wie in Nordrhein-West-
6 falen zusätzliche Hürden beim Hochschulzugang aufzubauen und
7 damit einen Verdrängungsmechanismus auf dem Lehrstellenmarkt
8 auszulösen, müssen wir für mehr Chancengleichheit sorgen.
9

11 **Chancengleichheit sicherstellen**

12
13 Die Politik der Landesregierung und ihre Haushaltsbeschlüsse lassen
14 nicht erkennen, dass Nordrhein-Westfalen sich aktiv für eine Steige-
15 rung der Studierendenquote einsetzt. Im Gegenteil: Das Einfrieren
16 der Zuschüsse im Rahmen des Zukunftspaktes hat in Verbindung mit
17 dem so genannten Hochschul„freiheits“gesetz eine strukturelle Kür-
18 zung an den Hochschulen bewirkt. Dieses Hochschul„freiheits“gesetz
19 wird zu Personalabbau führen, der gleichbedeutend mit weiterem
20 Studienplatzabbau ist.

21
22 Die Einführung von Studiengebühren hat bereits viele junge Men-
23 schen von einem Studium abgeschreckt und sie so in ihren Chancen
24 beschnitten. Der aktuelle Einbruch der Studienanfängerzahlen in
25 Nordrhein-Westfalen ist ein deutliches Alarmsignal, dass Studien-
26 gebühren der falsche Weg sind. So gingen zum Wintersemester
27 2006/ 2007 die Anfängerzahlen um 10 Prozent an den Universitäten
28 und um 7 Prozent an den Fachhochschulen dramatisch zurück. Dies
29 ist fatal auch für die wirtschaftliche Perspektive unseres Landes.

30
31 Unser Ziel muss es sein, dass mittelfristig 50 % eines Altersjahrgangs
32 zu einem Studienabschluss gelangen. Da demografisch bedingt die
33 Zahl der Studienberechtigten in den kommenden Jahren stark anstei-
34 gen wird, ist dieses für ein Land mit der Tendenz einer alternden
35 Bevölkerungsstruktur eine außergewöhnliche Chance. Sie droht aber
36 ungenutzt zu verstreichen, wenn es nicht gelingt, an unseren Hoch-
37 schulen gebührenfreie Studienplätze in ausreichender Zahl für die
38 Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung zu stellen.

39
40 Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sind nicht in der Lage, die
41 zusätzlich benötigten Kapazitäten mit den vorhandenen Ressourcen
42 alleine bereit zu stellen. Schon heute sind die Hochschulen unter-
43 finanziert und arbeiten unter Überlastbedingungen. Hinzu kommt,
44 dass die konsequente, mit einer Studienreform verbundene Umstel-
45 lung auf Bachelor- und Masterstudiengänge mehr Personal bindet.

46
47 Um die Studierendenquote zu steigern, muss deshalb unverzüglich
48 mit der Kapazitätsausweitung und Schaffung von neuen Studien-
49 plätzen begonnen werden. Dabei muss auf Chancengleichheit der
50 größte Wert gelegt werden.

53 **Für eine sozial gerechte Studienfinanzierung**

54
55 Die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt: Eine
56 Erhöhung des BAföG ist dringend geboten. Allerdings muss das
57 BAföG auch in seinen Strukturen weiterentwickelt werden. Um Chan-
58 cengerechtigkeit herzustellen und die Studierendenquote zu steigern,

1 muss die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger gesteigert
2 werden.

3
4 Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, mit
5 der genannten Zielsetzung das BAföG als bildungs- und sozialpoli-
6 tisches Instrument zu stärken. BAföG dient nicht der Finanzierung
7 von Studiengebühren.

8
9 Wir werden bei Regierungsübernahme einen Beschluss zur Abschaf-
10 fung der Studiengebühren für das Erststudium herbeiführen. Aller-
11 dings muss die Tatsache anerkannt werden, dass die Hochschulen
12 auf die dann wegfallenden Mittel angewiesen sind. Hochschulen
13 brauchen eine auskömmliche Finanzierung. Daher muss die Abschaf-
14 fung der Studiengebühren für das Erststudium mit einem gleichwer-
15 tigen und gleichzeitigen Ausgleich der Einnahmen der Hochschulen
16 einhergehen. Mit dieser Vorgabe muss ein zweckgebundener Zu-
17 schuss bis 2015 aufgebaut werden, der die bisherigen Einnahmen
18 der Hochschulen durch Studiengebühren 1:1 deckt.

19
20 Dieser Zuschuss wird sich deshalb an der Studierendenzahl ausrich-
21 ten. Er wird mit einer echten Zweckbindung verbunden sein, damit er
22 den Studierenden und der Qualität des Studiums zu Gute kommt.
23 Deshalb werden wir, um Zweckentfremdung zu verhindern, die Ver-
24 wendung nach einem zentralen Kriterienkatalog des Landes vorge-
25 ben und den Studierenden ein echtes Mitsprache- und Entschei-
26 dungsrecht bei der Verwendung der Mittel geben.

27
28 Wenn wir Studiengebühren für das Erststudium abschaffen, werden
29 wir die Mittel des bei der NRW-Bank angesparten Ausfallfonds nicht
30 als Sondervermögen im Landeshaushalt vereinnahmen. Wir werden
31 mit diesem Geld eine Stiftung einrichten, deren Stiftungszweck die
32 Förderung des Studiums in NRW ist. Diese NRW-Studienstiftung soll
33 mit weiteren Mitteln der Wirtschaft und der öffentlichen Hand in den
34 Folgejahren ausgebaut werden. Die Stiftung wird zwei Aufgaben er-
35 halten: Die Vergabe von Stipendien und die Förderung von beson-
36 ders leistungsstarken Studierenden und Nachwuchswissenschaft-
37 lerinnen und –wissenschaftlern nach sozialen Kriterien.

38
39

40 **Hochschule als Ausbilder stärken**

41

42 Trotz Anstrengungen, gerade vieler kleinerer Unternehmen und
43 Handwerksbetriebe, müssen wir feststellen, dass die Ausbildungs-
44 bereitschaft der Unternehmen insgesamt abnimmt und bei weitem
45 nicht alle Betriebe, die ausbilden könnten, ihrer wirtschaftlichen und
46 sozialen Verantwortung nachkommen.

47

48 Im Interesse der jungen Menschen müssen alle im Land zur Verfü-
49 gung stehenden Ausbildungspotenziale ausgeschöpft werden. Hierzu
50 gehört auch, die Ausbildungsstellen an unseren Hochschulen zu
51 erhalten und wo möglich, auszubauen. Hochschulen sind Motoren für
52 neue wissensbasierte Berufsbilder für zukunftsfähige Arbeitsplätze.

53

54 Gerade die Hochschulen haben sich in den letzten Jahrzehnten zu
55 Partnern in der dualen beruflichen Bildung entwickelt. Wer die Ergeb-
56 nisse in Forschung und Entwicklung in neue Produkte, Verfahren und
57 Dienstleistungen umsetzen will, muss gerade hier eine enge Einbin-
58 dung der nichtwissenschaftlichen Ausbildung stärken.

59

1 **Bildungsausgaben:**

2 **Wir wollen mehr in Bildung investieren**

3
4 Bildung ist ein öffentliches Gut. Bildung darf nicht zu einer Ware werden, die sich nicht alle leisten können. Wer es mit der Förderung und Entfaltung der Chancengleichheit Ernst meint, der muss den freien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen - vom Kindergarten bis zum ersten Hochschulstudium - garantieren. Diese Maxime ist handlungsleitend für die SPD in NRW. Für uns sind Bildungsausgaben Zukunftsinvestitionen in die persönliche Entwicklung des einzelnen Menschen.

12
13 Für uns sind Bildungsausgaben Zukunftsinvestitionen, weil sie die notwendige Voraussetzung für dauerhaftes Wirtschaftswachstum darstellen. Deshalb müssen Bund und Länder regelmäßig überprüfen, ob genügend in Bildung investiert wird und ob diese Mittel effizient eingesetzt werden.

19 **Bildungsausgaben steigern**

20
21
22 In Deutschland betragen die öffentlichen Bildungsausgaben 4,4% des Bruttoinlandsprodukts. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 5,1%.¹

23
24
25 Wir wollen und wir müssen in Deutschland und in NRW mehr in Bildung investieren, wenn wir im Bildungsbereich den Anschluss an die internationale Spitze erreichen wollen.

26
27
28
29 Wir bekennen uns zur Priorität von Bildung – der besten Bildung für alle. Deshalb wollen wir die Bildungsausgaben insgesamt steigern und bei den Kleinsten mehr investieren:

- 30
31
32
- 33 • Bildung für alle - von der Kindertageseinrichtung über schulische und berufliche Bildung bis zur Hochschule - muss grundsätzlich beitragsfrei sein.
 - 34
35
36
37 • Unser Ziel ist eine Steigerung der Bildungsausgaben beim Bund, bei den Ländern und in den Kommunen auf mindestens 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.
 - 38
39
40
41 • Wir steigern die Bildungsausgaben zum Beispiel
 - 42
43 ○ indem wir sie nicht an die rückläufigen Schülerzahlen anpassen.
 - 44
45 ○ indem wir alle Mehreinnahmen des Landes zur Hälfte für Bildung und zur Hälfte zum Schuldenabbau verwenden.
 - 46
47
48
49 • Wir wollen die Bildungsfinanzierung vom „Kopf auf die Füße“ stellen. Dabei wollen wir bei den Kleinsten deutlich mehr investieren.
 - 50
51
52 • Im Sinn einer „kompensatorischen Bildungspolitik“ wollen wir Bildungseinrichtungen mit besonderen Herausforderungen besonders fördern.
 - 53
54
55
56
57

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an:

¹ Die OECD ist eine Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die 1968 das Zentrum für Forschung und Innovation im Bildungswesen ins Leben gerufen hat, das u.a. die Pisa-Studien begleitet.